Ruhr-Univ. Abt. IV. Hist. Bibl.
SZD 3317

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: 1042 Wien, Postfach 52, Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. - Fr. 18 - 19.30 Uhr.

P.b.b. erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis S 5,-
3. März 1978 3. Jahrgang Nr. 5/78

11. März 1938 – 40 Jahre danach

„Über Wien kreisen die deutschen Bombengeschwader und an den Straßenkreuzungen sind Maschinengewehre postiert. Dem österreichischen Volk wird damit in anschaulicher Weise der Anbruch einer neuen Zeit und der Beginn der deutschen Schicksalsgemeinschaft demonstriert. Man kann nicht ohne Erregung niederschreiben, was die Volksmassen Österreichs an diesen Tagen empfinden .... Das österreichische Volk ist brutal vergewaltigt worden .... Für das österreichische Volk ist der Kampf um seine Unabhängigkeit nicht zu Ende. Es wird niemals eine ihm aufgezwungene Fremdherrschaft anerkennen. So schwer sich auch in der nächsten Zeit sein Schicksal gestalten mag, der Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs wird aufs Neue entbrennen." (Genosse Koplenig, am 24.3.1938)

Die Ereignisse um den 11. März 1938 haben sich tief ins Bewußtsein der österreichischen Arbeiterklasse eingegraben, einer Arbeiterklasse, *„zu deren hervorragenden Eigenschaften vor allem ihr Drang nach Freiheit, ihr Haß gegen den Krieg, ihre Liebe zum Frieden und ihre Treue zum Sozialismus gehören."* (Koplenig). Seither sind 40 Jahre vergangen, aber die Erinnerung ist lebendig und die Lehren des Jahres 1938 sind aktuell. Jede politische Kraft begeht diesen Jahrestag auf ihre Weise.

Lehren des Kampfes gegen Krieg und Faschismus

Der Arbeiterklasse und dem Volk führt das Jahr 1938 klar vor Augen, daß das kapitalistische System und der Imperialismus immer wieder Krieg und Faschismus hervorbringen. Heute steht die österreichische Arbeiterklasse nach wie vor vor der Aufgabe, mit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung durch die sozialistische Revolution zugleich die Wurzeln für Krieg und Faschismus auszureißen.

Den Kampf gegen die eigene Monopolbourgeoisie muß sie aufs engste verbinden mit dem Kampf gegen die beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, die internationalen Hauptfeinde der Völker. Von ihrer Rivalität geht heute die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. Europa ist das Zentrum ihrer Rivalität. Der russische Sozialimperialismus ist die gefährlichere und aggressivere Supermacht. Er ist in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten. Es ist in dieser Situation eine entscheidende Aufgabe der Völker der Welt, den Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Kriegstreiberei, insbesondere gegen den russischen Sozialimperialismus, zu führen und eine internationale Front gegen diese beiden größten Räuber aufzubauen. Damals hatte Genosse Koplenig darauf hingewiesen, *„daß man den Frieden nicht erkaufen kann, wenn man dem Faschismus Konzessionen macht, sondern daß man den Frieden erkämpfen muß."* Auch heute gilt, daß gegen die beiden Supermächte, insbesondere gegen den russischen Sozialimperialismus, entschlossener Kampf notwendig ist. Damals war Österreich eines der ersten Opfer der faschistischen Aggression. Heute ist Österreich wieder mit der Gefahr konfrontiert, zum Opfer von Aggressionen und zum Kriegsschauplatz zu werden und seine staatliche Unabhängigkeit zu verlieren. Jetzt schon ist Österreich in hohem Maß vom US-Imperialismus abhängig und der Sozialimperialismus betreibt fieberhaft Infiltration, um Westeuropa Stück für Stück an sich zu reißen.

Der Jahrestag der SPÖ: Beschönigung und Rechtfertigung der Reaktion

Fortsetzung auf Seite 8

Chemiearbeitergewerkschaft fordert 7,8%
Gegen Verschleppung und für einen Mindestbetrag bei den großen Lohnrunden!

Der Fachgruppenausschuß Chemie der Gewerkschaft der Chemiearbeiter hat die gewerkschaftlichen Forderungen für die KV-Verhandlungen bekanntgegeben: 7,8% Ist-Lohn-Erhöhung, 9% KV-Mindestlöhne mit Geltungstermin 1. April. Am 6. März tagt der Zentralvorstand Metall-Bergbau-Energie, am 15. 3. der Sektionsvorstand der Industrieangestellten. Von der Forderung für die Chemieindustrie kann man auf die Vorstellungen schließen, mit denen die führenden Sozialdemokraten bei den Metallarbeitern und Industrieangestellten in ihre Vorstandssitzungen gehen werden.

Chemiearbeiter sollen auf Benya-Linie vergattert werden

Man kann annehmen, daß Teschl & Co. ihre Forderungen nicht ohne Absprache mit Benya & Sekanina festgelegt haben. Daher sagen die Forderungen einiges aus über die Orientierung der Sozialdemokraten für die Metallindustrie: Als Ausgangsforderung wird Sekanina eine ähnliche Höhe ansteuern, eher noch 7,5% als 8%. In bezug auf den Geltungstermin liegt die Sache anders als bei den Chemiearbeitern, die im Vorjahr ab 1. März für 13 Monate abgeschlossen haben, während der Kollektivvertrag für die eisen- und metallerzeugende und -verarbeitende Industrie unbefristet läuft. Wenn sich aus den Belegschaften nicht deutlich Stimmen dagegen aussprechen, ist im Bereich Metall-Bergbau-Energie jedenfalls nach wie vor mit einer Verschleppung bis 1. Juni zu rechnen. Denn *eine* Vorbedingung der Kapitalisten für eine Erhöhung, die zumindest *brutto* an die Inflationsrate herankommt, ist sicher eine Laufzeit von 14½ Monaten (14.3.77 bis 31.5.78)

Die Ausgangsforderung der Chemiearbeiter liegt unter dem Ergebnis des Vorjahres (von 8%). Die Forderung 1977 (650 Schilling + 3%) war ganz unter dem Eindruck der großen Protestversammlungen und Streikbeschlüsse der Semperit-Belegschaft nach dem Abschluß 1976 zustandegekommen, die damals schließlich eine zusätzliche Erhöhung für die Semperit-Betriebe erzwungen hatte. Unter diesen Voraussetzungen mußte im Vorjahr den Chemiearbeitern sogar noch ein Mindestbetrag von S 540,- zugestanden werden. Der Sockelbetrag von S 650,- konnte von der Gewerkschaftsführung kampflos fallengelassen werden, indem der Abschluß bis nach dem Metall-Abschluß hinausgezögert wurde (15.3.), bei dem Benya von vornherein den Verzicht auf Mindest- oder Sockelbeträge durchgesetzt hatte.

Mit der heurigen Chemie-Forderung haben Teschl und Co. vorerst voll die Unterordnung unter die Benya-Linie durchbringen können: kein Mindestbetrag und eine Prozentforderung, die der Ausgangspunkt für einen Rückzug auf 6% oder darunter ist. 6% für 13 Monate sind 5,5% im Jahr (brutto!) und das ist Lohnraub! Selbst bei voller Durchsetzung von 7,8% schaut die Sache nicht viel besser aus: Bei Stundenverdiensten zwischen 55 und 61 Schilling (9.500 bis 10.500 Schilling im Monat, also keine „schlechten" Löhne, wenn man bedenkt, daß der Durchschnitt der Frauen unter 45 Schilling liegt), schaut nicht mehr als 400 bis 420 Schilling netto heraus (brutto 700 bis 820 Schilling pro Monat). Das heißt, daß heuer nur die besser bezahlten Kollegen gerade das Mindestergebnis des Vor-

Fortsetzung auf Seite 8

Aus dem Inhalt

1000 Abonnenten für „China im Aufbau" gewinnen!

Seit dem Sturz der konterrevolutionären „Viererbande" hat das chinesische Volk unter Führung des Zentralkomitees mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze den Aufbau des Sozialismus in China kräftig vorangetrieben. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und geleitet von den Mao Tse-tung-Ideen ist tatkräftig an der Behebung der von der „Viererbande" angerichteten Mißstände gearbeitet worden, die Diktatur des Proletariats gefestigt und die umfassende Demokratie für die Volksmassen ausgebaut worden.

Große Erfolge konnten erzielt werden bei der Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion ebenso wie beim Ausbau des Erziehungs- und Gesundheitswesens und bei der Verstärkung der Landesverteidigung.

Aber nicht nur im Inneren hat sich die Lage in der Volksrepublik China ausgezeichnet entwickelt. Auf der Grundlage dieser guten inneren Entwicklung konnte das sozialistische China seine internationalen Aufgaben besser denn je bewältigen.

Ohne Zweifel ist es so, daß die Volksrepublik China heute mehr denn je den Weg des sozialistischen Aufbaus und der proletarischen Weltrevolution verfolgt.

Seit Anfang dieses Jahres gibt es, neben den schon länger erscheinenden Zeitschriften „Peking Rundschau" und „China im Bild", eine neue Zeitschrift aus der Volksrepublik China in deutscher Sprache: "China im Aufbau". "China im Aufbau" hat die Aufgabe, „das Verständnis und die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der ganzen Welt zu fördern", wie es im Vorwort zur ersten Nummer heißt. „Seit 29 Jahren hat China eine Menge Schwierigkeiten überwunden. Das arme und rückständige China verwandelte sich in ein sozialistisches Land, das gedeiht und sich gut entwickelt. Dies erweckt in der ganzen Welt großes Interesse.

Wie arbeitet und lebt das chinesische Volk? Wie sah die Vergangenheit Chinas aus? Was sind die heutigen Geschehnisse und Entwicklungstendenzen?" (Aus dem



Fortsetzung auf Seite 3

Von Stalin lernen!

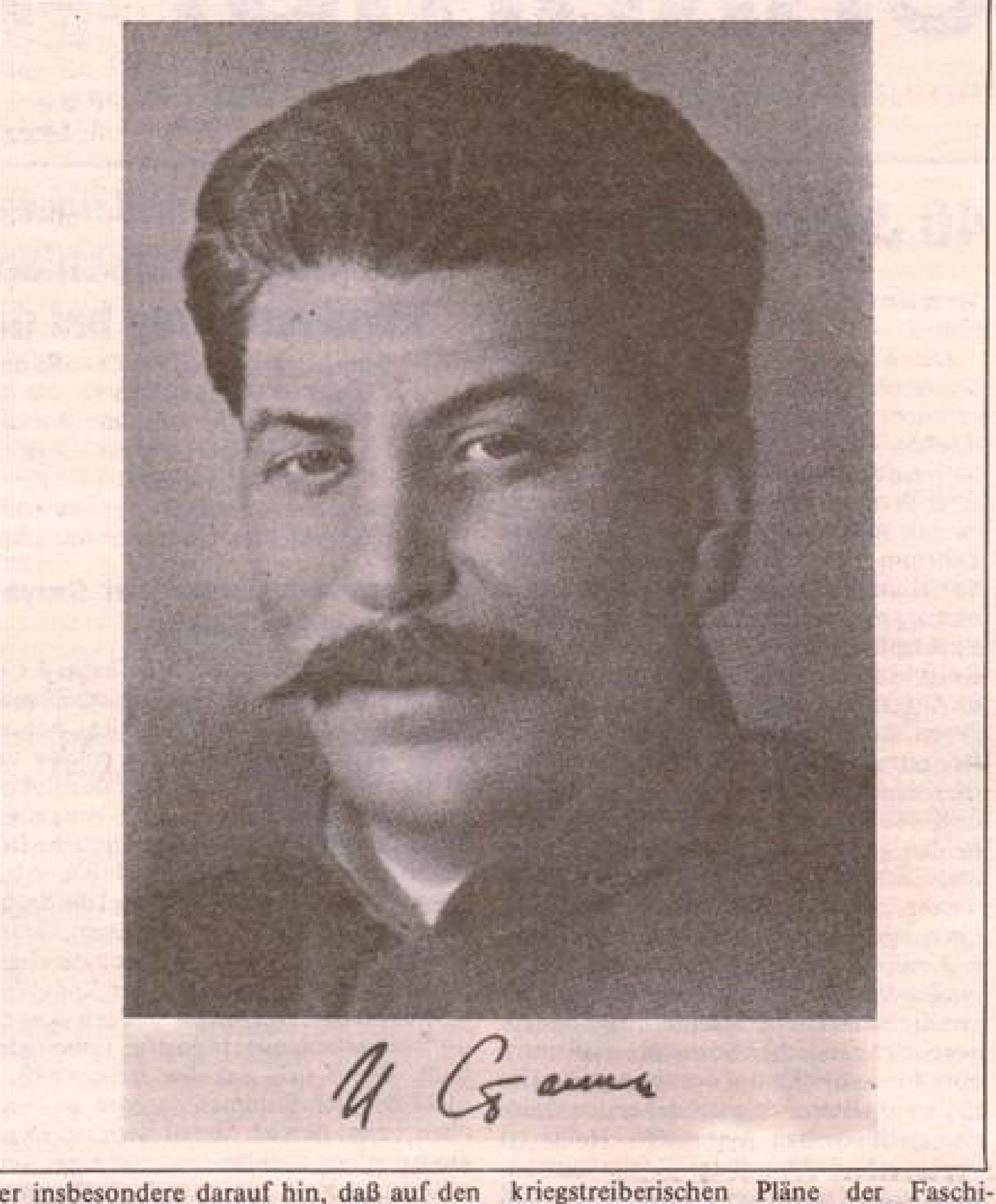
Vor fünfundzwanzig Jahren, am 5.März 1953, ist Genosse Josef Wissarionowitsch Stalin gestorben. Für jeden Kommunisten ist dieser Tag ein Anlaß, der hervorragenden Eigenschaften und des vorbildlichen revolutionären Lebens Stalins zu gedenken und daraus Erfahrungen und Kraft für die Bewältigung der aktuellen revolutionären Aufgaben zu schöpfen.

Genosse Stalin wurde 1879 als Sohn eines georgischen Schuhmachers geboren. Schon mit 15 Jahren trat er in die revolutionäre Bewegung ein. Er verfaßte Flugblätter, organisierte Streiks und wurde zum Vorkämpfer der Leninschen bolschewistischen Linie im Kaukasus. Lenin nannte 1905 die von Stalin geführten transkaukasischen Parteiorganisationen die „kampfgestimmtesten Organisationen unserer Partei." Immer wieder wird Stalin verhaftet, immer wieder nimmt er zum frühestmöglichen Zeitpunkt seine Arbeit wieder auf. unter seinem Decknamen „Koba" erwirbt er sich höchstes Ansehen in der illegalen bolschewistischen Partei und wird schließlich Leiter des russischen Büros des ZK und Chefredakteur der „Prawda". Im selben Jahr, 1912, verfaßt er während eines Auslandsaufenthalts, der ihn auch nach Wien führt, die berühmte Schrift „Marxismus und nationale Frage", mit der er sich unter die führenden marxistischen Theoretiker einreiht. Als die Revolution 1917 heranreifte, war es wieder Stalin, der stets unerschütterlich die Leninschen Positionen darlegte und verteidigte. Während sich Lenin verborgen halten mußte, leitete Stalin die gesamten Vorbereitungen zum Oktoberaufstand. Im Kampf gegen die ausländische Intervention und die Weißgardisten leitete Stalin die Operationen an den kritischsten und entscheidendsten Punkten.

Auf Initiative Stalins wird nach dem Ende der Intervention die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, in der große und kleine Nationen und Nationalitäten gleichberechtigt nebeneinander leben, gegründet.

Nach Lenins Tod führte Stalin den Kampf um den sozialistischen Aufbau weiter. Er stählte die Partei in der Niederwerfung der Anschläge und Verschwörungen des Blocks der Rechten und Trotzkisten und führte einen unermüdlichen theoretischen und praktischen Klassenkampf gegen die Überreste der alten Ausbeuterklassen und die imperialistischen Agenten. Unter Stalins Führung wird die Sowjetunion zu einem blühenden sozialistischen Land.

Stalin unterstützt aufs entschiedenste den Kampf des Weltproletariats und der unterdrückten Völker. Immer wieder weist



er insbesondere darauf hin, daß auf den ersten Weltkrieg unausweichlich ein zweiter folgen muß, wenn die Völker den Imperialisten nicht in die Arme fallen. Während die verschiedenen bürgerlichen Politiker und die Sozialdemokraten die faschistische Gefahr herunterspielen, weist Stalin auf die besondere Gefährlichkeit des Faschismus hin und entlarvt die räuberischen kriegstreiberischen Pläne der Faschisten, allen voran des Hitlerfaschismus. Er leistet den größtmöglichen Beitrag zur Organisierung der antifaschistischen Volksfront in den einzelnen Ländern und der internationalen Einheitsfront, der Front der Völker gegen die von den Faschisten ausgehende Kriegsgefahr.

Die westlichen Imperialisten weigern sich jedoch, gemeinsam mit der Sowjetunion gegen den Hitlerfaschismus vorzugehen.

Sie hoffen, Hitler mit Hilfe ihrer Beschwichtigungspolitik gegen die Sowjetunion lenken zu können und danach die Früchte ernten zu können. Durch einen Nichtangriffspakt mit Hitler verhindert Stalin die Bildung einer antikommunistischen Koalition der imperialistischen Mächte, wie sie von Hitler angestrebt wird und verschafft zugleich der Sowjetunion eine gewisse Zeitspanne zur Vorbereitung auf den unvermeidlichen Krieg. Als Hitler die Sowjetunion schließlich überfällt, sind die Rote Armee und das Sowjetvolk gerüstet und die Sowjetunion kann sich mit den Westmächten verbünden – dank der umsichtigen Politik Stalins. Die von Stalin geführte Rote Armee und das Sowjetvolk tragen die Hauptlast bei der Zerschmetterung der faschistischen Okkupanten und befreien den Großteil Europas vom Joch Hitlers.

Kaum sind die Truppen Hitlers vernichtet und der Faschismus in die Knie gezwungen, als die US-Imperialisten nach der Weltherrschaft greifen. Schon wenige Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs scheint ein dritter Weltkrieg, in dem die USA zum Angriff auf die Volksdemokratien und die Sowjetunion antreten, unvermeidlich. Wieder ist es Stalin, der rechtzeitig die drohende Gefahr erkennt und zur Bildung einer weltweiten Friedensfront gegen die aggressiven Machenschaften des US-Imperialismus und seiner Lakaien aufruft.

Auch gegen den Feind im Inneren erlahmte Stalins Wachsamkeit nicht. Noch kurz vor seinem Tod war es wiederum Stalin, der mit seinen Schriften „Ökonomische Probleme des Sozialismus" und „Marxistische Fragen der Sprachwissenschaft" den theoretischen Kampf gegen den sich organisierenden Revisionismus im Partei- und Staatsapparat der Sowjetunion eröffnete.

Stalins Wachsamkeit und Weitblick, sein theoretischer Geist, seine revolutionäre Entschlossenheit und seine Hingabe an die Sache der Revolution – das sind die Stalinschen Eigenschaften, um deren Aneignung jeder Kommunist kämpfen muß. *„Stalin feiern ist keine Formalität. Stalin feiern bedeutet, ihn und seine Sache unterstützen, den Sieg des Sozialismus und die Richtung, die er der Menschheit weist, unterstützen, bedeutet, einen vertrauten Freund unterstützen. Denn heute leidet der überwiegende Teil der Menschheit Not, und nur mit seiner Hilfe kann sich die Menschheit aus ihrer katastrophalen Lage befreien." (Mao Tsetung, 1939)*

SCHRIFTEN VON J.W.STALIN

Über die Grundlagen des Leninismus

140 Seiten, S 4,50

Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR

116 Seiten, S 3,90

Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft

64 Seiten, S 2,40

Geschichte der KPdSU(B)
Kurzer Lehrgang

472 Seiten, S 61,60

Milchsondersteuer und Milchkontingentierung bedrohen kleine Bauern

Nach der Erhöhung des Milchkrisengroschens um 3,5 Groschen auf nunmehr 38 Groschen pro Liter plant die SP-Regierung nun weitere Schläge gegen die kleinen und mittleren Bauern: die Einführung einer *Milchsondersteuer für Milchproduzenten* (Bundesabgabe) und die *Milchkontigentierung*. Die Höhe der Milchsondersteuer ist bisher noch nicht bekanntgegeben worden, doch wird sie die Massen der kleinen und mittleren Bauern, die fast 80% der Milchlieferanten ausmachen, betreffen.

Die Milchkontigentierung soll folgendermaßen geregelt werden: Gegenwärtig bekommen die Bauern pro Liter Milch 3,66S. Ausgehend von der Milchanlieferung des Jahres 1976 soll der Bauer für 86% der abgelieferten Milch den vollen Preis von S 3,66 pro Liter erhalten. Für den Rest dagegen je nach Qualität zwischen 33 Groschen und 1 Schilling.

Zuerst war die Erhöhung des Milchkrisengroschens um 6,5 Groschen auf 41 Groschen pro Liter Milch geplant gewesen. Am 21.2.1978 wurde ein Teil der Erhöhung, nämlich 3 Groschen, zurückgenommen. Für die Kleinbauern bleibt es trotzdem eine empfindliche Erhöhung.

Unter den Arbeitern und Kleinbauern steigt der Unmut über die staatliche Agrarpolitik

Die teilweise Rücknahme der Milchkrisengroschenerhöhung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

Unter den Klein- und Mittelbauern ist der Widerstandswille nach Bekanntwerden des Angriffs heftig aufgeflammt; das Präsidium der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark mußte erstmals seit einigen Jahren eine Krisensitzung einberufen. Von der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer mußte nachdrücklich die Forderung nach Erhöhung des Milchpreises für die Bauern um 40,7 Groschen erhoben werden.

Aber auch unter den Arbeitern wird die Kluft zwischen den Preisen, die die Bauern von der Molkerei bekommen (3,66 S) und dem, was sie selber im Geschäft bezahlen müssen (8,-), immer offensichtlicher. Dazu kommt, daß immer höhere Milliardenbeträge für die Großmolkereien, Rinderhändler und Weizenschieber vom Staat zur Exportförderung ausgegeben werden. Diese Gelder zieht der bürgerliche Staat den Arbeitern mit der Lohnsteuer und den Massensteuern und den Kleinbauern mit zusätzlichen Belastungen aus der Tasche.

Der Effekt ist, daß die Arbeiter Margarine essen müssen, weil sie sich die Butter nicht leisten können, während die Butter zu Schleuderpreisen ins Ausland exportiert wird. Gleichzeitig wird die heimische Versorgung mit Nahrungsmitteln unterhöhlt und die Abhängigkeit von den Importen pflanzlicher Öle und Fette (aus dem EG-Raum, den USA und der Sowjetunion) erhöht.

Vor kurzem wurde erst bekannt, daß die Selbstversorgung Österreichs mit Nahrungsmitteln von 92% in den Jahren 1975/76 auf 84% in den Jahren 1977/78 zurückgegangen ist.

Diese Widersprüche werden von den Lohnabhängigen und von den Kleinbauern zunehmend erkannt, und gegen die staatliche Agrarpolitik im Dienst der kapitalistischen Großagrarier wird aufgetreten. So sagte auf der Bauernkonferenz in Villach, die im Rahmen der SP-Programmdiskussion durchgeführt wurde, der Bauer Költsch aus Unterwerfenbach (Kärnten): „Die Molkerei ist der größte Schwindel. Die ziehen den Rahm obi (runter) und verkafn den Gschlader (die minderwertige, abgerahmte Milch) an die Arbeiter statt einer guten Milch." (Neue Zeit, Graz, 21.2.1978) Der Bauer erhielt den stärksten Applaus der ganzen Konferenz.

Österreichische China - Vereinigung in Wien gegründet

Freunde der Volksrepublik China haben vor kurzem in Wien die „Österreichische China-Vereinigung" gegründet, die am 15. März ihre öffentliche Gründungsveranstaltung durchführen wird.

„Die Österreichische China-Vereinigung will mit ihrer Tätigkeit zur Vertiefung der Freundschaft zwischen Österreich und China im Sinne der Völkerverständigung beitragen", heißt es in der Plattform der Vereinigung. „Seit langem bestehen freundschaftliche Beziehungen zwischen dem österreichischen und chinesischen Volk. Seit mehreren Jahren wächst in Österreich das Bedürfnis nach genauer Kenntnis Chinas, seiner Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft usw. Zu gleicher Zeit erstarken Sympathie und Freundschaft zwischen den beiden Völkern. Eben diese Bewegung zu fördern, macht sich die Österreichische China-Vereinigung zur Aufgabe".

Insbesondere informieren will die Vereinigung über:* die historische Entwicklung Chinas und die Leistungen des chinesischen Volkes auf allen Gebieten, * alle Aspekte des Aufbaus im neuen China, * die Rolle Chinas als eines Landes der Dritten Welt, * die Politik der Volksrepublik China in der internationalen Arena, insbesondere ihr Eintreten für Gleichberechtigung aller Völker und Staaten, unabhängig von deren Größe und Stärke, * die Beziehungen zwischen Österreich und China.

„Die Österreichische China-Vereinigung ist für alle offen, die ungeachtet verschiedener politischer und weltanschaulicher Überzeugungen die Ziele der Vereinigung fördern wollen, sie unterstützt alles, was der Freundschaft mit China dient. Sie sucht die enge Zusammenarbeit und gegebenenfalls den Zusammenschluß mit allen österreichischen Vereinigungen, die auf der gleichen oder einer ähnlichen Basis im Hinblick auf die Freundschaft mit China hinarbeiten. Zugleich sucht sie die Zusammenarbeit mit allen Personen und mit allen politischen, weltanschaulichen und sonstigen Organisationen und Vereinigungen, die bereit sind, zur Freundschaft zwischen den beiden Völkern beizutragen, und wird diese mit Informationsmaterial unterstützen".

In Kürze wird die Vereinigung in Wien 7., Sigmundgasse 11 mit einer Fotoausstellung über China ihr Lokal eröffnen, wo nach Ostern eine Ausstellung über den revolutionären chinesischen Dichter Lu Hsün durchgeführt werden wird. Über alle weiteren geplanten Aktivitäten wird auf der Gründungsversammlung am 15. März berichtet werden.

ÖFFENTLICHE GRÜNDUNGS-VERANSTALTUNG DER ÖSTERREICHISCHEN CHINA-VEREINIGUNG IN WIEN

15. März 1978, 19.30 Uhr, Palais Palffy in Wien 1., Josefsplatz

Gezeigt wird der revolutionäre chinesische Film:

DADSCHAI – DAS ROTE BANNER IN CHINAS LANDWIRTSCHAFT

1000 Abonnenten für „China im Aufbau" gewinnen!

Fortsetzung von Seite 1

Vorwort).

Zweifellos besteht in Österreich großes Interesse an der Geschichte und der Entwicklung der Volksrepublik China. Entsprechend groß wird auch das Interesse an „China im Aufbau" sein. Um den Aufbau des Sozialismus in China noch besser als bisher propagieren zu können, die Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem chinesischen Volk zu fördern, und den Klassenkampf in Österreich voranzubringen, haben wir uns zum Ziel gesetzt, bis 1. Mai 1978 mindestens 1.000 Abonnenten für „China im Aufbau" zu gewinnen. Bis jetzt konnten an die 200 Abonnenten gewonnen werden. Das ist ein guter Beginn und ein Zeichen dafür, daß wir das gesteckte Ziel erreichen werden.

Inhalt von China im Aufbau Nr. 1
Schwerpunktthema dieser Nummer ist die Modernisierung von Wissenschaft und Technik



Einzelheft S 7,- Jahresabonnement S 35,-
Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H, Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

V. Nationaler Volkskongreß und V. Landeskonferenz der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes

Am 25. Februar wurde in Peking von Genossen Teng Hsiao-ping die erste Tagung des V. Landeskongresses der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes feierlich eröffnet. An der Tagung nahmen 1872 Delegierte teil: Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas, Angehörige des Revolutionären Flügels der Kuomintang Sun Yat-sens, die dem Genossen Mao gefolgt sind, Vertreter der patriotischen demokratischen Parteien, Vertreter der Patrioten der verschiedenen Kreise, die lange mit der Kommunistischen Partei Chinas zusammengearbeitet und zur revolutionären Sache des chinesischen Volkes beigetragen haben. Weiters nahmen an der Tagung teil Vertreter der vorbildlichen und Bestarbeiter, der Organisationen der Bauern, Frauen und Jugendlichen, Vertreter der nationalen Minderheiten, Vertreter der Landsleute aus der Provinz Taiwan, Vertreter der Landsleute aus Hongkong und Macao, Vertreter der Auslandschinesen und andere Repräsentanten. Der Kongreß hat folgende Tagesordnung bestätigt:

1. Arbeitsbericht des Ständigen Ausschusses der Landeskonferenz der Politischen Konsultativkonferenz.
2. Abänderung des Statuts der Politischen Konsultativkonferenz.
3. Wahlen des Vorsitzenden, des Stellvertretenden Vorsitzenden und der ständigen Mitglieder der Landestagung der Politischen Konsultativkonferenz.
4. Teilnahme der Kongreßteilnehmer an der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses mit beratender Stimme.

Die Teilnehmer erhoben sich und verharrten schweigend im Gedenken an den großen Führer und Lehrer des chinesischen Volkes, Vorsitzenden Mao Tsetung, und im Gedenken an die Genossen Tschu En-lai und Tschu Teh.

Anschließend wurde der Bericht über die Tätigkeit des Ständigen Ausschusses des IV. Landeskongresses der Politischen Konsultativkonferenz erstattet. Darin heißt es:

„Der weise Führer, Vorsitzender Hua und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas haben nach dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao die strategische Entscheidung getroffen, durch Anpacken des Klassenkampfes als Hauptkettenglied die Angelegenheiten des Landes gut zu regeln. Wir legen großen Nachdruck auf die Entwicklung der revolutionären Einheit und führen die von Vorsitzenden Mao festgelegte Linie, seine Richtlinien und Politik der Einheitsfront fort. Mit einer Reihe wichtiger Weisungen hat der Vorsitzende Hua der Arbeit der Politischen Konsultativkonferenz die Richtung gewiesen. (...) Das ist ein enormer Ansporn für die Volksmassen aller Nationalitäten und die Persönlichkeiten aller Bevölkerungskreise des ganzen Landes. Diese Tagung ist ein großer Sieg der Ideen des Vorsitzenden Mao für die Einheitsfront.(....)"

Der Bericht „verurteilt die konterrevolutionäre Viererbande, die gegen die Konzeption des Vorsitzenden Mao von der Einheitsfront handelte und die Geschlossenheit aller Nationalitäten Chinas zu sabotieren suchte".

Obwohl das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzender Mao bereits im Oktober 1975 beschlossen hatten, möglichst schnell die V. Tagung der Landeskonferenz der Politischen Konsultativkonferenz einzuberufen, gelang es der Viererbande, die Durchführung dieses bedeutenden Beschlusses zu sabotieren. „Sie verfolgte Intellektuelle und die patriotischen Persönlichkeiten der verschiedenen Kreise, führte die nationale Spaltung herbei und unterminierte die Politik der Partei für die Angelegenheiten der Auslandschinesen und in der Religionsfrage, was verheerende Folgen verursacht hat.

Die überwiegende Mehrheit der Intellektuellen und der patriotischen Persönlichkeiten aus verschiedenen Kreisen haben durch langwierige Erziehung durch die Partei und besonders durch die Große Proletarische Kulturrevolution und durch den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der Viererbande weitere Fortschritte gemacht und zur sozialistischen Sache nützliche Beiträge geleistet."

Der V. Nationale Volkskongreß begann am 26. Februar

Am Nachmittag des 26. Februar trafen die Delegierten beider Kongresse mit den Pekinger Volksmassen zusammen, die ihnen auf dem Tienanmen-Platz einen herzlichen Empfang bereiteten und ihnen gratulierten. In der ganzen Stadt herrschte eine Atmosphäre der Solidarität und der Freundschaft. Die Teilnehmer an den Kongressen bekundeten:

„Wir sind entschlossen, diese beiden Konferenzen erfolgreich durchzuführen, den Geist der Konferenzen entschieden in die Tat umzusetzen und einen neuen Beitrag zu den vier Modernisierungen des Landes zu leisten."

Am Nachmittag des 26.2. wurde in der Volkskongreßhalle die V. Konferenz des Nationalen Volkskongresses offiziell eröffnet.

Außer den 3497 ordentlichen Delegierten nehmen am Kongreß mit beratender Stimme teil die Verantwortlichen der Abteilungen beim ZK der KP Chinas, leitende Mitarbeiter des Staatsrats und der Volksbefreiungsarmee sowie sämtliche Teilnehmer der V. Landeskonferenz der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes.

Der V. Nationale Volkskongreß hat folgende Tagesordnung:

1. Bericht des Ministerpräsidenten Hua Guo-feng über die Tätigkeit der Regierung.
2. Abänderung der Verfassung der Volksrepublik China. Bericht über die Abänderung der Verfassung.
3. Wahl und Ernennung der leitenden Mitarbeiter des Staates.
4. Beratung über das Volkswirtschaftsprogramm 1976 – 1985.
5. Beratung über die Nationalhymne.

Die 3497 ordentlichen Delegierten vertreten die Volksmassen von 30 Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten, autonomen Gebieten und die Angehörigen der Volksbefreiungsarmee. 26,7% der Delegierten sind Arbeiter, 30,6% Bauern, 14,4% Mitglieder der Volksbefreiungsarmee, 13,4% revolutionäre Kader, 14% Intellektuelle, 8,9% Patriotische Persönlichkeiten und 2% Auslandschinesen. 7,9% sind Angehörige der nationalen Minderheiten.

Nach dem Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Regierung, der vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas und Ministerpräsidenten Genossen Hua Guo-feng erstattet wurde, berichteten die Delegierten der verschiedenen Landesteile über die üblen Praktiken der Viererbande, wie deren konterrevolutionäre Aktivitäten von den Volksmassen entlarvt und der Kampf zur Vereitelung ihrer Absichten geführt wurde.

Es herrschte eine ausgezeichnete Atmosphäre der Einheit und Geschlossenheit aller Nationalitäten des chinesischen Volkes unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Vorsitzendem Hua an der Spitze.

27.2.1978.

(Nach den Berichten von Radio Peking. Ein ausführlicher Bericht über die Arbeit und die Beschlüsse des V. Nationalen Volkskongresses erscheint in der nächsten Ausgabe des „Klassenkampf".)

Nutzen wir die Gewerkschafterkonferenz am 12. März zur Vorbereitung des Großaktionstages

„In den Betrieben ist von der Bewegung der Kernkraftwerksgegner nichts zu merken, weiß ÖGB-Präsident Benya. Denn 'dort sind wir am Puls'", heißt es in der „Welt der Arbeit" der SPÖ. Das ist nur ein Wunschtraum der Gewerkschaftsführung, die der reaktionären Atomkraftwerkspolitik der SP-Regierung die Mauer macht. Benya weiß das. Daher läßt er in der Märznummer der „Solidarität" die „10 Argumente für Zwentendorf" neuerlich abdrucken. Wieder prasselt ein ganzer Sack voll Lügen, Betrug und Drohungen auf die Arbeiterklasse nieder. Aber auch wiederholte Lügen werden nicht zur Wahrheit. Ein Zeichen von Stärke sind solche Mittel nicht.

Der ÖGB-Vorstandsbeschluß für Zwentendorf widerspricht dem Interesse der Arbeiterklasse. Das zeigt sich auch an der wachsenden Zahl von Beschlüssen, Stellungnahmen und Protestresolutionen von Betriebsräten, Belegschaften und Gewerkschaftsmitgliedern gegen das Atomprogramm der Regierung. Es ist dringend notwendig, diesen Protest und Widerstand der Arbeiter zusammenzufassen, zu organisieren und weiter zu stärken.

Auf Initiative der IÖAG wird für 12. März daher eine Gewerkschafterkonferenz einberufen. Wir rufen alle Gewerkschafter, die gegen die Politik der Regierung sind, zur Teilnahme an dieser Konferenz auf! Auch jede Unterstützungserklärung eines Betriebsrates, jede Erklärung eines Jugendvertrauensrates ist ein wichtiger Baustein beim Aufbau einer breiten Bewegung in Betrieb und Gewerkschaft gegen die AKW-Politik der Regierung. Jeder Unterstützungsbrief einer Gruppe von Arbeitern, einer Abteilung oder Schicht ist ein wichtiger Beitrag zur Sammlung der Kräfte für einen machtvollen Großaktionstag am 9. April in Wien.

Einladung zur Gewerkschafterkonferenz (Auszüge)

am 12. März 1978, 10 Uhr

Gewerkschaftshaus (Porrhaus) Wien 4., Treitlstraße 3 (beim Karlsplatz)

Eingeladen sind Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertrauensräte, Personalvertreter sowie Gewerkschaftsfunktionäre aller Ebenen, unabhängig von ihrer etwaigen Fraktionszugehörigkeit.

Wir glauben, daß die folgenden Fragen behandelt werden sollten:

* Ziele des Großaktionstages der IÖAG und Hauptziel bei der Vorbereitung von den Gewerkschaften her: organisierte Teilnahme von Belegschaften sowie Gewerkschaftsgruppen an der Demonstration
* Vorgangsweise bei der Meinungs- und Willensbildung der Belegschaft und zu ihrer Mobilisierung: positive und negative Erfahrungen bei Debatten und Verabschiedung von Resolutionen in Betriebsräten und Gewerkschaftsgruppen.
* Verschiedene Ebenen und Möglichkeiten der Vorbereitung des Großaktionstages von Betrieben und Gewerkschaften her; Schranken und zu erwartende Hindernisse dabei.
* Verbreiterung des Widerstands gegen das AKW-Programm in den Gewerkschaften im Hinblick auf den Großaktionstag, öffentliche Propagierung aller Fortschritte in der Vorbereitung des Großaktionstags von Betrieben und Gewerkschaften her.
* Zur Propaganda und Argumentation der ÖGB-Führung.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die gegen das AKW-Programm und seine Folgen für das arbeitende Volk sind, und die an dieser Gewerkschafterkonferenz teilnehmen wollen, bitten wir um eine kurze Mitteilung an die Adresse des Kollegen Roland Burger. Außerdem könnt Ihr in dieser Mitteilung bekanntgeben, ob in Eurem Betrieb, im Betriebsrat, oder in anderen, Euch bekannten, Betrieben Resolutionen gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf gefaßt wurden und den Text solcher Resolutionen oder Briefe mitschicken. Der ÖGB-Präsident Benya behauptet, in den Betrieben sei von der Bewegung gegen Atomkraftwerke nichts zu merken. Zeigen wir ihm, daß das nicht stimmt! Verbreiten wir den Aufruf zum Großaktionstag am 9. April und zur Gewerkschafterkonferenz in Betrieben und Gewerkschaften – auch die Gewerkschaftspresse muß über diese Aktivitäten berichten.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
das Vorbereitungskomitee

Roland Burger
Betriebsratsmitglied Fa. Kaindl/Wien
Gewerkschaftsverantwortlicher der IÖAG

Wiedner Hauptstraße 113/27
1050 Wien
Tel.: (0222) 55-68-273


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
Klassenkampf
Sondernummer
Am 9. April zum Großaktionstag gegen das AKW-Programm der Regierung nach Wien zum Parlament! Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf – Volksabstimmung!
10 Argumente für den Kampf gegen das AKW-Programm der Regierung

Erhältlich über die Ortsgruppen des KB

Resolution von Belegschaft und Betriebsrat der Firma Sacher–Technik Wien

Wir unterstützen die Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner:

Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf!

Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich!

Keine Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen!

Wir wissen, daß es keinesfalls so ist, wie die Gewerkschaftsführung und verschiedene Parteisprecher behaupten, daß die Arbeiter und Angestellten für das Atomkraftwerksprogramm der Regierung sind. Anstatt dem Parlamentsentscheid würde eine Volksabstimmung tatsächlich dem Willen der Bevölkerung Rechnung tragen.

Wir unterstützen die Aktivitäten der IÖAG zur Vorbereitung des Aktionstages am 9. April 1978 ebenso wie die Gewerkschafterkonferenz und die Delegation zum parlamentarischen Unterausschuß.

Veranstaltung der Postgewerkschaft Salzburg: Breite Ablehnung der AKW–Inbetriebnahme

„Saubere Umwelt – Arbeitsplatzsicherung – machts die friedliche Atomkraft möglich?" so lautete das Thema der Post- und Telegraphenbediensteten am Freitag, den 24.2. 44 Kollegen und Gäste nahmen trotz ungünstiger Beginnzeit teil.

Sowohl das Referat wie auch ein anschließend gezeigter Schweizer Film gaben eindeutige Antworten auf die im Titel der Veranstaltung gestellte Frage.

Die imperialistische Atomtechnologie, weit entfernt, die Nutzung der Atomenergie zu beherrschen, gefährdet in ihrer Abenteuerlichkeit die menschlichen Existenzgrundlagen.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, daß die große Mehrzahl der Kollegen gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf ist. Zwar versuchte der Vizeobmann der Personalvertretung und Vizepräsident der Salzburger Arbeiterkammer, Karl Schmied (FCG), die Wellen zu glätten. Er warf das ganze Gewicht seiner Funktionen und sich selbst in Positur, verniedlichte die Gefahren, äußerte sich besorgt über die Sicherung der Energieversorgung und der Arbeitsplätze, kurzum, er tischte alle Ladenhüter der AKW-Befürworter auf.

Die Zwischenrufe steigerten sich, als er meinte, die Frage müsse man dem Staat überlassen, dort hielten doch gewählte Vertreter die Interessen der Arbeitnehmer aufrecht. In seinem Autoritätsgehabe sichtlich verunsichert, schloß er seine Ausführungen damit, daß Demokratie Diskussion sei, und wir nicht einseitig diskutieren dürften.

Ein Kollege konterte sofort, daß die „Einseitigkeit der Diskussion" bei der Industrie und der ÖGB-Führung zu finden ist (Benya: „Wir haben einen Beschluß, was brauchen wir zu diskutieren.") An Hand der Aufsichtsratsbesetzung der Verbundgesellschaft und ihrer Verfilzung mit den Konzernen zeigte er auf, daß die Betreibung von AKWs einseitig mit Profitinteresse verbunden ist. Ein anderer Kollege griff das Argument Schmieds: „Wir brauchen mehr Energie" heftig an: Sollen vielleicht die Lohnabhängigen ihren Ausbeutern die Mauer machen? Sein Versuch, eine Resolution gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf einzubringen, wurde abgeblockt. Weil nämlich, so der VMA-Obmann, „Agitation in Diensträumen untersagt ist". Auch der Veranstalter, obwohl AKW-Gegner, mußte ablehnen. Wobei seine Begründung ein beschämendes Licht auf die gewerkschaftliche Demokratie warf: Die ÖGB-Führung würde ihm sofort den Hahn für weitere Veranstaltungen abdrehen. So steht es also um die oft beschworene „breite Meinungsbildung im ÖGB!"

Mit einer Studie der Arbeiterkammer widerlegte ein weiterer Kollege Schmieds Gerede von der „Arbeitsplatzsicherung".

Als er schließlich das Demokratiegerede der ÖGB-Führung kritisierte, verließ Schmied noch einigen Zwischenrufen wütend den Raum.

Obwohl die Resolution nicht eingebracht werden konnte, war die Veranstaltung ein Erfolg. Schon deshalb, weil es überhaupt die erste dieser Art in Salzburg war. Weiters weil die Stimmung eindeutig gegen das Atomprogramm der Regierung war, was sich auch in den zahlreichen Protestmeldungen ausdrückte. Schließlich, weil die Veranstaltung ein lebendiger Beweis dafür ist, daß es in den Betrieben keinsweg so „ruhig" ist, wie Benya es weismachen möchte.

Zelle Post/Salzburg

Am 9. März nach Wien zum Pa

Der Kampf um die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf ist heftig. Auf der einen Seite die Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse. Sie will das AKW. Sie will das AKW, weil sie „billigen Strom" will – Strom, der für sie billig ist, weil der Staat aus Steuergeldern einen großen Teil der Kosten zuschießt und weil er für die Massen teuer ist. Sie will das AKW, weil der Bau von AKWs im Rahmen der Internationalen Energieagentur, der Österreich beigetreten ist, vorgesehen ist als Erpressungsmittel gegen die gerechten Bestrebungen der erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt und als Mittel der Kriegsvorbereitung des US-Imperialismus auf dem Energiesektor. Sie will das AKW schließlich, weil sie selber in das internationale AKW-Geschäft einsteigen möchte und dazu auch das eigene Experiment mit AKW-Technologie braucht. Und sie will das AKW, weil das Finanzkapital Milliarden in das AKW investiert hat, die Zinsen bringen und sich verwerten sollen. Aus allen diesen Gründen will sie das AKW und nicht nur dieses, sondern auch noch weitere. Deshalb, weil die Kapitalistenklasse das AKW endlich haben will, muß die Regierung die Inbetriebnahme politisch durchsetzen und müssen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen alle Kräfte aufbieten, um ihr das zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite die Interessen der Arbeiterklasse und des Volks. Sie sprechen gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf. Das AKW-Programm der herrschenden Klasse und die Inbetriebnahme von Zwentendorf bedeuten den Ruin der kleinen Bauern im Umkreis des AKW und die Verödung dieses Gebiets; die schwerste Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung im umliegenden Raum, aber darüber hinaus auch der Millionenstadt Wien; eine nicht absehbare Beeinträchtigung der ganzen ökologischen Umwelt vor allem im Donautal; eine gewaltige Steigerung der Ausplünderung des Volkes über Steuern und Strompreise, denn Milliardenbeträge, die heute noch gar nicht absehbar sind, werden vom Staat zugeschossen werden müssen; eine zunehmende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten in der Energieversorgung; die Teilnahme an der imperialistischen Erpresserpolitik der IEA gegen die Dritte Welt.

Alles, was vom Standpunkt der Kapitalistenklasse für die Inbetriebnahme von Zwentendorf spricht, spricht vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus dagegen. Die Interessen der einen Klasse und ihres Staates stehen gegen die Interessen der anderen Klasse und des ganzen Volkes. Deshalb gibt es Kampf.

Dieser Kampf hat sich seit zwei Jahren ständig verschärft. Die Regierung mußte die Inbetriebnahme von Zwentendorf immer dringender durchsetzen. Das Volk hat dagegen seine Interessen immer stärker geltend gemacht und das bisher verhindert.

Der Großaktionstag gegen das AKW-Programm der Regierung am 9. April in

„Initiativ"

Zeitung der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG)

Anfang März erscheint die neue Nummer mit Beschlüssen der Konferenz vom 4. Februar und dem Aufruf zum Großkampftag am 9. April

Zu beziehen über die örtlichen Komitees oder direkt bei: IÖAG, Postfach 138, 1071 Wien

zum Großaktionstag gegen das AKW- Programm der Regierung ament! Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf – Volksabstimmung!

Wien, eine zentrale Demonstration der Bewegung gegen die imperialistische AKW-Politik, ist der nächste große Schritt in diesem Kampf. Er findet an einem sehr wesentlichen Punkt der Entwicklung statt. Technisch ist für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf alles fertig oder fast fertig. Die Regierung steht vor der Aufgabe, sie auch politisch durchzusetzen. Das ist nicht leicht. Die Arbeiterklasse und das Volk müssen „überzeugt“ werden; der Widerstand gegen die AKW-Regierungspolitik muß desorientiert, beschwichtigt, in Illusionen gewiegt und so gespalten werden, um ihn niederschlagen zu können; die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie selbst, zwischen den bürgerlichen Parteien, müssen gemildert und verkittet werden.

Kernstück ihrer Machenschaften sind die Hetz- und Lügenpropaganda in der Gewerkschaftspresse (auf die der Kommunistische Bund Österreichs in einer „Klassenkampf“-Sondernummer geantwortet hat) und andererseits der Parlamentsbetrug, der mit Schwerpunkt im April abgezogen werden soll. Das Volk soll einerseits belogen und andererseits soll ihm vorgespiegelt werden, daß sich die Herren Volksvertreter jetzt noch einmal Experten anhören, sich ernsthaft und endgültig eine Meinung zur AKW-Frage bilden und zu einer demokratischen Entscheidung kommen werden. Mit der ganzen Autorität der „obersten Instanz der Demokratie“ soll das Parlament „das letzte Wort sprechen“.

Schon von weitem weht einem der üble Geruch dieser Phrasen entgegen. Was die herrschende Klasse betrifft, hat sie sich ihre Meinung zu Zwentendorf längst gebildet. Das Parlament, ein Lumpenpack von 183 Volksbetrügern und Schwätzern, käuflichen Subjekten und Postenjägern, halten sie sich, um ihre Klassenpolitik „demokratisch“ abzusegnen und politisch im Volk durchzusetzen, soweit das „demokratisch“ und ohne Polizeieinsatz geht.

Was das Volk betrifft, hat es sich seine Meinung in den letzten zwei Jahren ebenfalls immer klarer gebildet. Es ist die entgegengesetzte Meinung.

Die Regierung will durch den Parlamentarismus Illusionen im Volk und auch in der organisierten Bewegung gegen ihre AKW-Politik nähren, sie vom Kampf abhalten und sie spalten.

Auch die Verwaltungsgerichtshofentscheidung vom 14.2. könnte Illusionen in bürgerliche Gerichte, die auch aus keiner anderen Sorte von Leuten bestehen als das Parlament, nähren. Und daß ein Vertreter der IÖAG eingeladen wurde, im Parlament „gehört“ zu werden, zielt auch auf dasselbe ab. Das Volk soll sein Schicksal dem bürgerlichen Staat anvertrauen. Und wehe, es ist dazu nicht bereit: Mit dem „demokratischen Parlamentsentscheid“ will die Regierung sich auch eine Rechtfertigung verschaffen, um ihre Pläne in Zukunft mit Berufung auf die „Demokratie“ auch mit Gewalt gegen das Volk durchzusetzen.

Demokratisch ist jedoch, daß das Volk seine Interessen geltend macht und durchsetzt – demokratisch ist der Kampf gegen die Regierungspolitik. Demokratisch ist die Entlarvung des Parlamentsschwindels. Demokratisch ist es, die „Entscheidung des Parlaments“, die zweifellos gegen die Interessen des Volkes ausfallen wird, nicht anzuerkennen, und natürlich ebensowenig Gesetze, Verordnungen, Gerichtsentscheide, die dem Kampf des Volkes im Weg stehen. Demokratisch ist es, kurz gesagt, die Inbetriebnahme von Zwentendorf zu verhindern.

Die bürgerlichen Parteien reden viel von Demokratie. Die Demokratie erfordert, sagen sie, daß in einer so wichtigen Sache nicht die Regierung allein, sondern das Parlament entscheidet. Das sagen sie. Meinen tun sie: Erforderlich ist, daß in einer so wichtigen Sache keinesfalls das Volk, sondern vielmehr der bürgerliche Staat entscheidet. Und in einer Situation, in der sich Regierung und Volk bereits in gewissem Maß gegenüberstehen, bringen sie zu diesem Zweck das Parlament ins Spiel.

Was die Demokratie wirklich erfordert, ist, daß die Interessen des Volkes zum Tragen kommen. Das bedeutet, daß die Inbetriebnahme von Zwentendorf verhindert wird. Es stimmt, daß die Sache wichtig ist. Deshalb muß die Forderung nach einer Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf erhoben werden. Jetzt hat auch die IÖAG beschlossen, diese Forderung zu erheben. Ziel ist, die Inbetriebnahme von Zwentendorf zu verhindern. Das geht auch ohne Volksabstimmung, wenn am Weg des Kampfes festgehalten, die Konfrontation mit dem Staat nicht gescheut und der Widerstand verstärkt wird. Aber eine Volksabstimmung wäre ein ausgezeichnetes Mittel, um den Zielen der herrschenden Klasse einen Schlag zu versetzen und sie zu vereiteln. Die Forderung nach Volksabstimmung ist heute schon eine Leitlinie für den Kampf. Sie bringt zum Ausdruck: Konfrontation gegen den Parlamentsbetrug, Nichtanerkennung des Parlamentsentscheides, Fortsetzung des Kampfes. Nächstes Ziel dieses Kampfes ist: Zwentendorf geht nicht in Betrieb! Damit der Großaktionstag am 9. April seinen Zweck erreicht und ein Meilenstein dieses Kampfes wird, muß die Demonstration, verglichen mit dem 26. Oktober, noch stärker, noch entschlossener, noch bewußter gegen den bürgerlichen Staat gerichtet sein.

Red.

Die Forderung nach Volksabstimmung und die österreichische Bundesverfassung

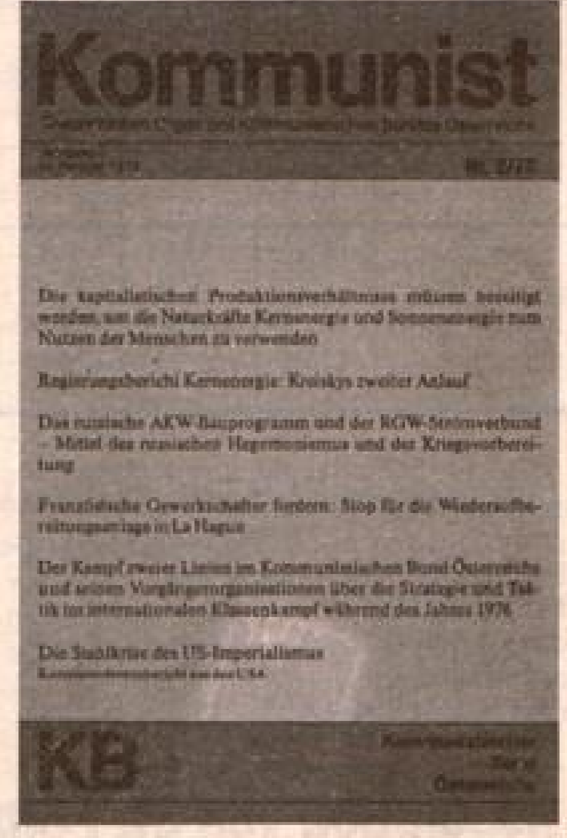
Auch wenn eine Volksabstimmung in der österreichischen Bundesverfassung nicht vorgesehen wäre, müßte man sie fordern, wenn sie einem im Klassenkampf nützt. Da sie vorgesehen ist, kann man sich darauf beziehen. Im Artikel 43 der Bundesverfassung heißt es, daß über eine Frage eine Volksabstimmung durchgeführt werden muß, wenn das Parlament es beschließt. Zwar ist der Artikel 43 wie die gesamte Verfassung nicht darauf berechnet, daß das Volk etwas will und mit einer Volksabstimmung durchsetzen können soll, sondern daß Regierung und Parlament etwas wollen und dafür eine Volksabstimmung für nützlich halten. Deshalb kann auch nur das Parlament darüber beschließen. Aber das hindert einen ja nicht, gegen sie die Forderung nach Volksabstimmung zu erheben, auch wenn sie es nicht wollen und große Angst davor haben. Eine Volksabstimmung ist für einen solchen Fall zwar nicht vorgesehen, aber gerade deshalb notwendig.



Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf – Volksabstimmung!

Nieder mit dem Parlamentsbetrug! Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen!
Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter! Wer gegen das Volk entscheidet, muß weg!
Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich!
Kein AKW an Österreichs Grenzen, nicht in Rüthi und nicht in der Tschechoslowakei!
Kampf der imperialistischen Energiepolitik der österreichischen Regierung!
Unterstützung des Kampfes der Dritten Welt gegen die Plünderung ihrer Naturreichtümer durch die Imperialisten!
Gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte auf dem Energiesektor!
Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!
Gegen die wachsende Abhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten durch deren Uranlieferung und -aufbereitung!
Gegen das Finanzierungsprogramm der AKW-Politik der Regierung, gegen die Ausplünderung des Volkes durch Steuern und Stromtarife!
Keine Erhöhung der Strompreise für Haushalte, landwirtschaftliche und gewerbliche Kleinbetriebe!
Schluß mit der Stützung der Stromtarife der Großkapitalisten durch das Volk! Weg mit dem gespaltenen Stromtarifsystem!
Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution!

Kommunist 2/78 erschienen



Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

* Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse müssen beseitigt werden, um die Naturkräfte Kernenergie und Sonnenenergie zum Nutzen der Menschen zu verwenden:

Die Entwicklung der Atomenergie verlangt die Beseitigung des Kapitalismus

„In der Geschichte ist uns kein Fall bekannt, bei dem der technische Fortschritt zurückgedreht wurde. Neue Technologien haben sich immer durchgesetzt. Wer darauf verzichtet, mußte den Fehler dann teuer korrigieren.“ Das ist eins der Regierungsargumente für Zwentendorf. Der Satz stimmt. Mehr noch: Der gesellschaftliche Fortschritt kann insgesamt auf Dauer nicht aufgehalten werden. Überholte Gesellschaftsordnungen, die den Fortschritt der Produktivkräfte aufhalten, sind immer verschwunden. Die kapitalistische Produktionsweise ist zu einer solchen Fessel der Produktivkräfte geworden. Das sieht man auch an der AKW-Politik. Jahrzehntelang wurden die Erforschung und Entwicklung der Produktivkraft Atomenergie als unprofitabel vernachlässigt, jetzt soll mit dieser Technologie, die noch schlecht beherrscht wird, in abenteuerlicher Weise und ohne Rücksicht auf die Folgen Maximalprofit erzielt werden.

Die Menschheit wird die Produktikraft Atomenergie zweifellos entwickeln und sich dienstbar machen. Wenn heute die Arbeiterklasse gegen das AKW-Programm der Regierung kämpft, so kämpft sie nicht gegen den technischen Fortschritt, wie die SPÖ unterstellt. Sie kämpft vielmehr gegen ein System, das diesen technischen Fortschritt hemmt und ihn in ein Mittel zur Steigerung der Ausbeutung, Ausplünderung, Knechtschaft und direkter Existenzgefährdung des Volkes verwandelt. Sie kämpft für die Befreiung der Produktivkräfte von den Fesseln des Kapitalismus. In der sozialistischen Revolution wird die Arbeiterklasse die Herrschaft des Kapitalismus beseitigen und die ungehinderte Entfaltung der Produktivkräfte erst ermöglichen.

– Die Massenbewegung gegen Atomkraftwerke führt einen gerechten Kampf – eine Antwort auf die „Solidarität“
– Die österreichische Elektrizitätswirtschaft

in: Kommunist 1/78

Material zur Gehaltsstruktur der Industrieangestellten

Verwendungsgruppe	März 1976			März 1977			Erhöhung gegenüber März 1976 in %	
	Durchschnittliches		Überzahlung in %	Durchschnittliches		Überzahlung in %		
	effektives Gehalt	KV-Gehalt		effektives Gehalt	KV-Gehalt		effektives Gehalt	KV-Gehalt
I	5.615	4.645	20,9	5.907	5.100	15,8	+ 5,2	+ 9,8
II	6.725	5.443	23,6	7.372	5.991	23,0	+ 9,6	+ 10,1
III	9.002	7.233	24,5	9.856	7.933	24,2	+ 9,5	+ 9,7
IV	12.272	9.661	27,0	13.547	10.606	27,7	+ 10,4	+ 9,8
V	17.415	13.298	31,0	19.234	14.578	31,9	+ 10,4	+ 9,6
VI	26.519	20.414	29,9	29.073	22.268	30,6	+ 9,6	+ 9,1

Die Tabelle zeigt die Lohnentwicklung der Industrieangestellten in den 6 Verwendungsgruppen in der Zeit von März 1976 bis Mai 1977, d.h. nach der letzten KV-Erhöhung. Die Einteilung in die Verwendungsgruppen erfolgt nach der Qualifizierung und nach der „Nähe zum Chef". So sind in der Gruppe V und VI in erster Linie „Führunskräfte", zusammen machen sie bei den Angestellten der Metallverarbeitenden Industrie z.B. 20% aus (5% in der VI und 15 in V). Bei den KV-Verhandlungen im März 1977 wurde auf Druck aus den Betrieben hin von der Gewerkschaftsführung ein Mindestbetrag von S 730,- für die Industrieangestellten gefordert. Beim Abschluß ging diese Forderung dann sang- und klanglos unter. Zweifellos war auch diese Mindestforderung zu gering, um die Inflation und die gestiegenen Kosten der Reproduktion (Wiederherstellung) der Arbeitskraft bei den unteren Verwendungsstufen auszugleichen. Daß die Durchsetzung dieser Forderung einiges für die Gruppen I und II, teilweise auch für III gebracht hätte, zeigt die Statistik.

Um 5,2% oder S 292 ist der Ist-Lohn in 14 Monaten in der Verwendungsgruppe I gestiegen. Um 9,6% oder um S 647,- in der Gruppe II. In der Verwendungsgruppe III sind es 845 S oder 9,5%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß jede Verwendungsgruppe 8 Gehaltsstufen, je nach „Verwendungsgruppenjahren" hat, daß also ein beträchtlicher Teil der Gruppe III eine Erhöhung unter S 730,- bekommen hat. In diesen drei Gruppen arbeiten fast 50% aller Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie.

Ohne diesen Sockelbetrag hat sich der Gehalt sogar prozentuell in den Gruppen I, II und III geringer erhöht als in den Gruppen IV, V und VI.

Die Statistik zeigt klar: Um die kleineren und mittleren Angestellten im Lohnkampf zusammenzuschließen, ist eine ausreichende Lohnforderung in Schilling am besten. Sie vereinigt den Großteil der Angestellten hinter einer klaren Forderung. Unbedingt muß aber bei dieser Lohnrunde ein Mindestbetrag – je höher, desto besser – aufgestellt und durchgesetzt werden.

Resolution von St. Pöltner Berufsschülern gegen Steuerausplünderung

Auf ein Protestschreiben der Berufsschüler der Handelsberufe in St. Pölten an das Präsidium des ÖGB gegen den KV-Abschluß für die Handelsangestellten wurde die Gewerkschaft gezwungen, einen Vertreter in diese Schule zu schicken. (Siehe Klassenkampf Nr. 1/78)

Am 27.1. kam es also zu diesem Treffen. Die Berufsschüler hatten folgende Resolution vorbereitet und an Hand des Artikels aus dem Klassenkampf Nr. 25/77 „Wieviel plündert der Staat über die direkten und indirekten Steuern vom Arbeiterlohn", der als Flugblatt verteilt wurde, diskutiert:

St. Pölten, 27.1.78

Die Schüler der Berufsschule St. Pölten, Hötzendorferstraße 8, Lehrlinge der Handelsberufe, legen den Vertretern des Österreichischen Gewerkschaftsbundes heute folgende Resolution vor:

RESOLUTION

In einem vorangegangenen Protestschreiben vom Dezember 77 protestierten wir gegen den Abschluß des Kollektivvertrages für die Handelsangestellten für das Jahr 1978.

Der Inhalt des neuen Kollektivvertrages für die 300.000 Handelsangestellten und -arbeiter ist ein schwerer Schlag für die Betroffenen und ein Alarmzeichen nicht nur für die Handelsangestellten und -arbeiter, sondern für alle Lohnabhängigen.

Die 5,8%-Erhöhung der Kollektivgehälter bringt für die absolute Mehrheit der Angestellten und Arbeiter im Handel ab 1.1.78 netto zwischen 200.- und 300.- Schilling monatlich mehr. Das ist einer der niedrigsten Abschlüsse der letzten Jahre und er bedeutet einen weiteren Reallohnverlust.

Lohnsteuer und die wichtigsten indirekten Steuern zusammen machen bei einem Lohn von 8.650.- (Nach Angaben der Pensionsversicherungsanstalt der Bruttodurchschnittslohn eines männlichen Arbeiters) im Monat für einen Arbeiter, der seine Frau miterhalten muß, 2.030,- (ohne PKW, d.h. KFZ-Pauschale) und 2.444.- (mit PKW) aus. Im günstigeren Falle (mit 1 Kind) werden rund 20% des Bruttolohnes durch die Steuern aufgefressen, im ungünstigsten Fall bis zu 30%.

Man sieht, daß durch die Lohnsteuer rund 1.000.- vom „Durchschnittslohn" wegkommen und dann mit den indirekten Steuern bis zu 1.500.- vom Nettolohn.

Jede Verteuerung der Waren, die der Arbeiter aus seinem Netto-Lohn kauft, erhöht die indirekten Steuern. Damit wirkt sich das doppelt schlecht auf uns aus, einmal durch die steigenden Preise und zum zweiten Mal durch den steigenden Preisaufschlag in Gestalt der indirekten Steuern.

Dieser Entwicklung muß der ÖGB bei den KV-Verhandlungen Sorge tragen, und er darf nicht dulden, daß dem Arbeiter und Angestellten ein Reallohnverlust erwächst.

In unserem Protestschreiben stellen wir weiter fest, daß die Drohung des Streiks von der Gewerkschaft nicht ernsthaft betrieben wurde. Wir wissen von keinem einzigen Betrieb, daß Streikvorbereitungen getroffen worden sind.

Bei einer Versammlung im Dezember vergangenen Jahres in Salzburg, zu der alle in der Gewerkschaft organisierten Privatangestellten eingeladen wurden, meinte Dr. Othmar Raus, daß, sollte die Forderung von 8,5%, 450.- Mindestbetrag nicht erfüllt werden, der ÖGB zu einem bundesweiten Streik aufrufen wird. Viele Handelsangestellten vertrauten diesen Worten und verdrängten die Erinnerung an den letzten KV-Abschluß der Berg- und Metallarbeiter, bei dem der Streik erst in letzter Minute abgeblasen wurde und für die Kollegen aus der Metallbranche ein Abschluß von 7,5% auf den Ist-Lohn herausschaute.

Ohne besondere Anstrengungen zu unternehmen, nämlich, einen Streik wirklich zu organisieren und durchzuführen, ließ es der ÖGB zu, sich von 8,5%, 450.- Mindestbetrag auf 5,8% (Mindestbetrag fällt weg) hinunterzudrücken. Ein Streik der Handelsangestellten und -arbeiter hätte einen besseren Ausgang bewirkt.

Die Gefährdung solcher KV-Abschlüsse für die Arbeiter und Angestellten liegt daran, daß, wie wir feststellen müssen, der ÖGB nicht mehr im Sinne seiner Mitglieder und aller Arbeiter und Angestellten verhandelt.

Der KV-Abschluß der Metallarbeiter im März 78 wird zeigen, ob diese unsere Feststellung richtig ist. Unser KV-Abschluß hat es bereits bewiesen.

Die Argumente der Gewerkschaftsführung zur Verteidigung solcher KV-Abschlüsse sind uns bekannt: Im Sinne der Arbeitsplatzsicherung müssen solche Konsequenzen wie der letzte KV-Abschluß hingenommen werden. Die Konsequenzen für die derzeitige Wirtschaftskrise tragen aber immer die Lohnabhängigen und nicht die Unternehmer.

Die Lohnsteuer betrug 1976 32,2 Milliarden Schilling, 1977 bereits 41 Milliarden. Das ist eine Steigerung von 27,3%.

Mehrwert- und Verbrauchssteuern betrugen 1976 79,2 Milliarden Schilling, 1977 bereits 88,4 Milliarden. Steigerung von 11,6%.

Im Gegensatz dazu ist die Einkommen-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer, Steuern also, die von den Unternehmern bezahlt werden, um 12% gefallen. 1976 betrug sie 37,2 Milliarden Schilling, 1977 nur mehr 33,2 Milliarden.

Einer solchen Gewerkschaftspolitik treten wir entgegen, denn sie öffnet der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen Tür und Tor. Die Gewerkschaft ist die Vertretung der Arbeiter und Angestellten, und hat daher die Interessen dieser zu tragen. Sie muß daher sowohl gegen alle Entlassungen als auch gegen alle Verschlechterungen der Löhne und der Arbeitsbedingungen eintreten und darf nicht das eine gegen das andere ausspielen. Wir sind an der Wirtschaftskrise nicht schuld, und sind deswegen auch nicht bereit, sie auf unseren Rücken abwälzen zu lassen. Die Unternehmer haben ihre eigene Vertretung, und die Gewerkschaft gibt es deswegen, damit sich der Arbeiter gegen die Angriffe der Unternehmer, aber auch der Ausplünderung durch Steuern durch den Staat zur Wehr setzen kann.

Um die Gewerkschaft zu einer wirklichen Kampforganisation zu machen, werden wir in unseren Betrieben Mitglieder anwerben und alles dazutun, um bei den nächsten KV-Verhandlungen bereits mit Vorschlägen an die Gewerkschaft herantreten zu können.

Diese Resolution wurde von den ca. 50 anwesenden Schülern verabschiedet. Lediglich zwei Schüler enthielten sich der Stimme.

Der Gewerkschaftsvertreter Niederösterreichs dürfte von der Resolution etwas verängstigt worden sein. Nicht anders ist sein Auftreten zu erklären. Gleich zu Anfang meinte er: „Ich bin überzeugt, der Großteil von euch hat sich diese Resolution gar nicht durchgelesen". Ein Schüler, der meinte, er sei doch hoffentlich nicht deswegen gekommen, um die Schüler zu spalten, sondern sich mit dem Protestschreiben und der Resolution auseinanderzusetzen, wurde von dem Vertreter des ÖGB halbherzig belächelt und mit „unser Kollege in der ersten Reihe scheint etwas aggressiv" bezeichnet. Obwohl immer wieder die Frage des angekündigten Streiks gestellt wurde, fiel dem ÖGB-Vertreter nichts anderes ein, als zu sagen, daß der Streik nicht unterstützt worden wäre, daß sie aber in der „Shopping City Süd" in Wien mit einem Lastwagen aufgefahren seien, um Streikbarrikaden zu errichten. Was stellen sich die Spitzen der Gewerkschaft eigentlich unter einem Streik vor? Ihn anzukündigen, und mit Barrikaden aufzufahren, und sie dann nicht einmal zu errichten? Die Wirklichkeit sieht anders aus: In wenigen Städten konnte die Gewerkschaftsführung gezwungen werden, Kampfflugblätter herauszugeben. Von einer Vorbereitung kann aber überhaupt nicht die Rede sein. In der Zwischenzeit ist der größte Teil dieser Berufsschüler wieder in die Betriebe in ganz Österreich verstreut zurückgekehrt, und sie werden an ihrem Heimatort den gewerkschaftlichen Kampf aufnehmen. Und in die Berufsschule nach St. Pölten sind wieder andere Lehrlinge gekommen. Eine Unterschriftenaktion für die sofortige Aufhebung des Aufenthaltsverbotes gegen Erol Sever, Aktivitäten für den Großkampftag gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf Mitte April und Aktivitäten zum 1. Mai in St. Pölten unter revolutionären Forderungen sind geplant.

Post: Kredite aus unseren Lohngeldern

Wo bleibt denn die Betriebssonderzulage? haben viele Kollegen nach dem Ersten gefragt. Schließlich sind die S 600,- (z.B. im Umleitedienst) bzw. die S 470,- (im Schalterdienst) eine dringend notwendige Aufbesserung des monatlichen Gehalts. Jeder von uns spürt das, wenn sie einmal ausfällt.

Aber für die Postverwaltung ist das nur ein „technisches Problem": Durch die Umstellung auf das neue Abrechnungssystem verzögert sich die Auszahlung der Zulage auf März. Ebenso werden die Überstunden von Weihnachten, die man bisher gleich kriegen konnte, im März ausbezahlt. Weil der Computer, der in den Buchhaltungen Kollegen einspart, halt ein bißl langsam ist.

Für die Kollegen ist das aber kein technisches Problem. Es ist vielmehr ein direkter Lohnabzug. Ein Kollege hat das in seiner Empörung nachgerechnet: Die Verzögerung der Zulagenzahlung bedeutet, daß die Postverwaltung einen Monat lang über *rund 25 Millionen Schilling* verfügen kann, die eigentlich den Kollegen zustehen. Nicht genug, daß der Lohn für uns miserabel ist, und das letzte Gehaltsabkommen Lohnraub gebracht hat; nicht genug, daß uns durch die Lohnsteuer und den erhöhten Pensionsbeitrag mehr denn je gleich von vorneherein abgezwackt wird – da kommt auch noch die Verwaltung daher und lebt auf Pump von uns. Denn die Verzögerung bedeutet ja nichts anderes als einen zinsenlosen Kredit von unseren Lohngeldern!

Dabei ist das nicht der einzige Kredit dieser Art. Dasselbe gilt auch für die verzögerten Überstundenzahlungen. Rechnet man 15 Überstunden pro Bediensteten im Dezember – und das ist eher gering veranschlagt – zu S 60,-/Stunde (40S Stundenlohn im Durchschnitt plus 50% Überstundenzuschlag), so kommt bei rund 55.000 Bediensteten insgesamt die stattliche Summe von *50 Millionen Schilling* heraus!

Diesem Lohnmanöver steht unsere Gewerkschaftsführung aufgeschlossen gegenüber. In der „Post und Telegraphie" vom November 1977 versucht Zentralsekretär Plzak für Sparmaßnahmen zu werben. Eine davon heißt: „*Vereinfachung der Buchhaltungsvorschriften und effizienterer EDV-Einsatz zum Zweck der Personaleinsparung . . .*" Und er erklärt zusammenfassend: „*Die verantwortliche Bundesregierung kann keinen Applaus für den Maßnahmenkatalog erwarten, aber gerade als Gewerkschafter und als Staatsbedienstete müssen und sollen wir für die Sanierung des Staatshaushaltes eintreten . . . .*"

Soll doch der Herr Plzak, aber warum müssen wir? Für den Staat schuften und uns von ihm gezwungenermaßen anpumpen zu lassen, das ist nicht unsere Sache.

Auf Plzak und Konsorten trifft eine alte Volksweisheit voll zu: „Wes Brot ich eß', des' Lied ich sing!"

Zelle Post/Salzburg

Sacher- Technik Wien: Betriebsversammlung fordert 12%, mindestens S 1000,- !

Auf der Betriebsversammlung am 23.2.78 wurde von den Angestellten der Firma STW ihre Gehaltsforderung debattiert. In unserer Firma ist es so, daß wir bisher jährlich eine innerbetriebliche Lohnerhöhung durchgesetzt haben, weil der KV für unsere Branche nur Erhöhungen der Mindestlöhne, aber keine Istlohnerhöhungen vorsieht. Bei der Diskussion stand im Vordergrund, daß wir nicht bereit sind einen Reallohnabbau hinzunehmen und die heurige Gehaltserhöhung auf jeden Fall die Teuerung wettmachen muß. 6% macht allein die offizielle Teuerungsrate aus, um das Netto herauszukriegen müßte die Erhöhung ca. 10% brutto ausmachen. In Anbetracht der allgemeinen Lage heute sind wir zur Meinung gekommen, daß wir nicht wesentlich mehr als die Verhinderung des Reallohnabbaus erreichen können. Deshalb wurde die Forderung 12% Gehaltserhöhung, aber mindestens 1000S einstimmig angenommen. Das ist natürlich nicht eine Forderung wie sie die bürgerlichen Gewerkschafter gern stellen, von der man dann in den Verhandlungen Abstriche macht. Sondern 1000S, das ist wirklich das mindeste, was wir erreichen wollen. Die 12%-Forderung haben wir deshalb gewählt, weil ein Großteil der Belegschaft Facharbeiterlöhne erhält und dort die Steuerprogression am stärksten ist. Dem sollte die höhere Bruttoerhöhung entgegenwirken.

Die zweite Frage zu der die Betriebsversammlung einen Beschluß gefaßt hat, war die Überstundenschinderei. Seit drei Monaten wurde in manchen Abteilungen jedes Wochenende und fast jede Nacht gearbeitet. Manche Kollegen haben seit Wochen ihre Familie nicht mehr gesehen. Die Betriebsversammlung beschloß dagegen zu protestieren, daß die Verträge, die die Firma macht, auf Überstunden gebaut werden; daß die Kollegen das nicht mehr mitmachen und daß es leicht passieren kann, daß bald so mancher nach 8 Stunden heimgeht, auch dann, wenn die Überstunden wirklich nötig sind.

BRO der Firma Sacher Technik Wien

ÖBB Linz: Im Winter kalt und zugig, im Sommer heiß und stickig

Im Sommer schrieb die Liste „Aktionsprogramm" in ihren Flugblättern einen Artikel - „Im Winter kalt und zugig, im Sommer heiß und stickig". Gefordert wurde: Ausreichende Beheizung der Hallen im Winter! - (als ausreichend nimmt man an 18 Grad C). Daß diese Zustände - trotz neuem Beheizungssystem - nicht erst einige Jahre, sondern bereits viel länger herrschen - das hat seine Ursachen. Ursachen in den Interessensgegensätzen zwischen Arbeitern und dem staatskapitalistischen Betrieb, der vom Finanzkapital kontrolliert und befehligt wird. Die Arbeiter haben ein Interesse, unter möglichst guten Bedingungen ihre Ware Arbeitskraft möglichst lange unversehrt verkaufen zu können.

Das Finanzkapital und sein verlängerter Arm, die Verwaltung (welche die Interessen des Finanzkapitals durchzuführen hat) hat ein Interesse, möglichst wenig in Anlagen und Vorrichtungen, die die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern, zu investieren. Ausgenommen, wenn dadurch die Arbeitsleistung erhöht werden kann. Damit würde die Dienstleistung für die Kapitalisten verbilligt werden können.

Kurz gesagt, wenn eine Maßnahme profitabel ist, ja dann....

Wie kann man die Forderung nach „ausreichender Beheizung der Hallen im Winter" durchsetzen?

Indem man den Protest in der Gewerkschaft organisiert.

Indem man sich untereinander abspricht, Beschlüsse faßt, klare Aufträge an die Vertrauensmänner gibt. Und die Vertrauensmänner mehrmals wöchentlich den Kollegen über den Fortschritt der Dinge berichten usw.

Jeweils am frühen Vormittag werden folgende Temperaturen in der E-Abteilung an einem Thermometer abgelesen: 19.9.77 - 10,5 Grad C; 20.9.- 11,5 Grad C; 5.12- 13 Grad C; 9.2.78- 16 Grad C; 10.2- 13,5- Grad C; 21.2- 10 Grad C; Wir haben bis jetzt einen relativ milden Winter gehabt. Wie es bei massivem Kälteeinbruch aussehen wird, das kann sich jeder ausrechnen.

Zelle ÖBB / Linz

Wiener Architekturbüro Glück: 15 Kündigungen

Auf Grund der „katastrophalen Finanzsituation", in der sich das Büro laut Angaben der Betriebsleitung befindet, wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß mit 1. April 15 Kollegen gekündigt werden sollen. Kurz zuvor waren an der Fassade des um einige Millionen renovierten und ausgebauten Bürohauses die letzten Goldornamente angebracht worden.

Am 16. August des Vorjahres gab es die letzten Neuaufnahmen, aber schon 3 Wochen später wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß die Auftragslage sehr unsicher sei und daß im Laufe der nächsten Monate mit möglichen Kündigungen zu rechnen sei. Im Herbst kam dann die Order, keine Überstunden zu machen; dafür müßten 52 Stunden bis 23.12. eingearbeitet werden, weil der Betrieb zu Weihnachten 2 Wochen zusperren werde.

Bei einer Betriebsversammlung im Dezember wurde zum ersten Mal die Forderung nach einer Abfertigung auch für Angestellte, die noch keine 3 Jahre im Büro sind laut. Gründe dafür waren, daß man damit rechnen könne, daß diese Kollegen die Ersten sind, die hinausfliegen werden und daß man angesichts der Schwierigkeit einen Arbeitsplatz zu finden, eine Überbrückungshilfe im Falle einer Kündigung dringend braucht. Anfang Jänner legte der Betriebsrat diese Forderung der Betriebsleitung vor. Diese wurde aber sofort vom Tisch gewischt mit der Begründung, daß sich der Gesetzgeber schon etwas dabei gedacht habe, als der den Anspruch auf Abfertigung von einer 3-jährigen Betriebszugehörigkeit abhängig machte, und daß man in Österreich auf Grund der vorhandenen Sozialleistungen durch eine Kündigung doch nicht in seiner Existenz bedroht sei.

Anfang Februar wurde dem Betriebsrat die Kündigungsliste übergeben - alles Kollegen, die noch keine 2 Jahre im Betrieb sind und somit keinen Anspruch auf Abfertigung haben. Am 13.2. wurde in einer neuerlichen Betriebsversammlung die Lage diskutiert. Angesichts der Tatsache, daß man die Kündigungen nicht verhindern werde können, wurde die Forderung nach der Abfertigung erneut gestellt.

Trotz einiger Einwände, daß durch so eine Forderung in der jetzigen Situation womöglich weitere Arbeitsplätze gefährdet werden und jetzt doch die ungünstigsten Bedingungen für Forderungen seien wurde diese von den 30 anwesenden Kollege mit der Zusage der aktiven Unterstützung ohne Gegenstimme angenommen. Der Betriebsrat wurde beauftragt, diese Forderung der Betriebsleitung in Form einer Resolution zu überreichen.

Post – Land Salzburg: Personaleinsparungen immer drückender

In der letzten Nummer der „Postrundschau" wendet sich einer der Spitzenmanager der PTV, Dr. Übeleis, an seine „Mitarbeiter". Mit scheinheiligen Worten des Lobes und des Dankes über deren nimmermüden Arbeitseinsatz: „Durch die Mithilfe aller Mitarbeiter im Bereich der PTV konnte der *Personalstand* trotz teilweise gestiegener Verkehrsleistungen in den letzten Jahren leicht gesenkt werden ..."

Aus Übeleis' Mund spricht die herrschende Klasse und ihr Staat. Sie sind zufrieden, daß die Kollegen sich mit voller Kraft und allem Eifer dem Dienst widmen, treu und gehorsam dem Staat dienen, wie das Dienstrecht es von ihnen verlangt, diese staatliche Zwangsjacke, heute wie anno dazumal zu Kaisers Zeiten.

Der Dank der Ausbeuter ist für die Ausgebeuteten allemal ein Zeichen, daß ihre Kalkulationen mit unserem Schweiß für sie sehr einträglich sind. Für uns sind sie unerträglich. Die neuesten Zahlen beweisen dies deutlich.

Eine dieser Kalkulationen des Staates ist die Steigerung der Arbeitsdichte. Die wichtigste Maßnahme ist dabei das Einsparen von Kollegen bei steigenden Verkehrsleistungen.

Personalentwicklung im Land Salzburg

	1975	1. 9. 77	1. 1. 78
Iststand	3.928	3.877	3.846
Sollstand	4.705	4.735	4.739
Fehlstand	777	858	893
in % v. Sollstand	*16,51*	*18,12*	*18,84*

Fast 20% der vorgesehenen Dienstposten sind nicht besetzt. Wo nach dem Dienstpostenplan der Regierung fünf Bedienstete arbeiten sollten, arbeiten tatsächlich nur vier. Die müssen den Fünften ständig miteinarbeiten. In manchen Zweigen wie Fernmeldetechnik und Telegraphenbauamt ist die Mehrschinderei aufs Äußerste zugespitzt. Dort beträgt der Sollstand 630 bzw. 954 Dienstposten, aber 200 bzw. 329 davon sind nicht besetzt. Das bedeutet, daß hier zwei Kollegen die Arbeit für drei leisten müssen. Auch im Postbetriebsdienst ist trotz Senkung des Sollstands durch Absystemisierung - sprich: Arbeitsplätze wegrationalisieren - der Fehlstand zwischen 1974 und 1978 von 193 auf 285 angestiegen.

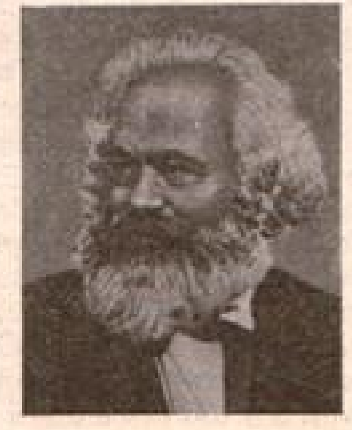
Die „alltägliche Mehrarbeit" wird noch gesteigert durch wachsende Verkehrsleistungen. So ist z.B. die Stückzahl der gesamten in der Stadt Salzburg aufgegebenen Briefsendungen von 66,34 Millionen im Jahr 1974 auf 77,495 Millionen 1976 angestiegen (laut Statistisches Jahrbuch 1976, nach Angaben der Post- und Telegraphendirektion in Linz). Das ist ein Zuwachs von fast 17% bei einer sinkenden Beschäftigtenzahl.

Aufhebung der Aufnahmesperre, ausreichende Personaleinstellungen - das sind Forderungen, die unsere Gewerkschaftsführung seit Jahren im Munde führt. Aber auch nur im Munde! Für die Kollegen aber stellt sich die Durchsetzung dieser Forderungen immer dringlicher.

Zelle Post/Salzburg

W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

172 Seiten, Preis S 5,10



Karl Marx: Lohn, Preis und Profit

88 Seiten, Preis S 3,30

Diese Schriften sind erhältlich über die Zellen des KB Österreichs, über die Verkaufsstellen des „Klassenkampf" oder durch Bestellung bei Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Postfach 13, 1042 Wien

Papierfabrik Rechberg/ Rebrca, Kärnten 3 Wochen Zwangsurlaub

Seit 14. Februar stehen alle Produktionsmaschinen der Zellstofffabrik Rechberg still. Für mindestens 3 Wochen werden 250 Arbeiter und Angestellte auf unfreiwilligen Urlaub geschickt, bei voller Lohnfortzahlung, wie es heißt.

Offizielle Begründung: Unhaltbarer Preisverfall auf dem Papier- und Zellstoffmarkt, vor allem Dumpingpreise aus dem Osten. In 3 Wochen hofft man, wieder profitabel produzieren zu können.

Der Betrieb ist in der letzten Jahren immer wieder ins Schleudern geraten. Die Kollegen hoffen auch diesmal, daß es wieder weiter geht. Das Werk liegt in einem kaum industrialisierten Gebiet, eine Schließung würde nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiterfamilien hart treffen, sondern auch die Bauern in der Umgebung, die der Fabrik Holz liefern. Ein Arbeiter meinte: „Es wäre eine Katastrophe, wenn Rechberg aufhören würde, denn weit und breit gibt es bei uns keinen Arbeitsplatz. Aber soweit kann es niemand kommen lassen, deshalb sorgt sich auch niemand von uns Älteren um die Zukunft der Fabrik." Der einzige größere Betrieb in der Nähe, Leitgeb, kommt selbst aus der Krise nicht heraus.

Noch sind die Hoffnungen, daß Kapitalisten und Regierung die Sache schon schaukeln werden, groß. Aber die Verhältnisse selbst zwingen zu einer anderen Einsicht.

11. März 1938 – 40 Jahre danach

Fortsetzung von Seite 1

Weit entfernt davon, diese Schlußfolgerungen aus der Geschichte zu ziehen, tut die österreichische Bourgeoisie im Gegenteil alles, um sie zu verschleiern und auf den Kopf zu stellen.

Die Sozialdemokratie, die die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie führt, will den Jahrestag des 11. März 1938 nutzen, um die Massen ideologisch an das kapitalistische System zu ketten, an dasselbe System, das das österreichische Volk schon so oft in Katastrophen geführt hat und für die Massen damals wie heute Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet. Der Standpunkt unter dem die Sozialdemokratie auf ihrem jüngsten Plakat die österreichische Geschichte seit 1918 betrachtet, macht klar sichtbar, daß diese Partei heute vollständig zu einer reaktionären Partei der Monopolbourgeoisie geworden ist.

In Worten ist sie gegen den Faschismus. Zugleich aber erklärt sie den heldenhaften Aufstand der österreichischen Arbeiter im Februar 1934, dieses leuchtende Beispiel des bewaffneten Kampfes gegen den Machtantritt des Faschismus und die blutige Niederschlagung dieser Erhebung durch den faschistischen Gewaltapparat des Staates zum „Bürgerkrieg". Damals hat sie den Kampf der Arbeiterklasse verraten, heute geht sie noch weiter und nimmt offen einen „neutralen", bisher Reaktionären übelster Sorte vorbehaltenen Standpunkt ein. Daß es bei den inneren „Wirren" der letzten 50 Jahre, die das Plakat der SPÖ aufzählt, stets um den Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie ging, daß es der österreichischen Arbeiterklasse noch nicht gelungen ist, das kapitalistische Joch abzuschütteln, daß die Monopolbourgeoisie ihr Regime immer wieder durch blutige Verbrechen aufrechterhalten hat, daß 1918, 1934, 1945 die revolutionäre Erhebung der Arbeiter bzw. ihr Befreiungskampf niedergeschlagen wurde – jedesmal unter tätiger Mitwirkung der Sozialdemokratie – und die Bourgeoisie immer noch im Sattel sitzt – das alles wird verschwiegen. Die Geschichte wird verfälscht, um die Gegenwart verfälschen zu können: Nach Jahrzehnten der Unruhen und Wirren herrscht jetzt endlich bei uns Freiheit, „Österreich – ein Vaterland des Volkes". Ein „Vaterland des Volkes" ist das kapitalistische Österreich nur auf den Plakatwänden der Sozialdemokratie. Erst wenn die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt ist und die Arbeiterklasse die Macht in Händen hat, wird Österreich ein Vaterland des Volkes sein.

In Worten ist die Sozialdemokratie auch für den Frieden. In der Tat aber rührt sie keinen Finger gegen die beiden Supermächte und ihre Kriegsvorbereitungen. Was nützt es, gegen den Hitler von damals zu sein, aber dem Hitler von heute, dem russischen Sozialimperialismus, durch Vertuschung der Kriegsgefahr und durch Beschwichtigungspolitik Vorschub zu leisten? Was nützt es, große Worte für den Frieden, in der Tat aber den Kriegstreibern die Mauer zu machen und mit ihnen gegen die Völker zu kollaborieren? So, wie in den letzten Jahrzehnten, findet man die Sozialdemokratie auch heute, nur direkter denn je, auf der Seite der Reaktion, des Kapitalismus, des Imperialismus.

Die KPÖ will die Tradition des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus in den Dienst des Hitler von heute stellen

Die heutige KPÖ hat mit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die an der Spitze des Kampfes gegen Faschismus und Krieg stand, nur mehr den Namen gemeinsam. Seit der Umwandlung der KPÖ in eine revisionistische Partei im Sold der russischen Sozialimperialisten versucht diese Partei, die große Vergangenheit der revolutionären KPÖ im Dienst der Bourgeoisie und des russischen Sozialimperialismus zu mißbrauchen.

Sie begeht den 40. Jahrestag des 11. März 1938, um die „unheilvolle Entwicklung, die dazu geführt hat, aufzuzeigen", und um „vor den heutigen Gefahren des Wettrüstens, der Neutronenbombe, der einseitigen wirtschaftlichen Bindung an die Bundesrepublik, des Neonazismus zu warnen und dagegen zu kämpfen." (Volksstimme, 26.2.) Die Tradition des Kampfes gegen den Hitler von damals soll in den Dienst des Hitler von heute, des russischen Sozialimperialismus, gestellt werden. Vor den „Gefahren des Wettrüstens" und vor der Neutronenbombe, warnt dieselbe Partei, die die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung des Kriegstreibers Nr. 1, des Sozialimperialismus, als Beitrag zum Frieden und zum „Kräftegleichgewicht" feiert. Vor der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der BRD warnt dieselbe Partei, die sich mit Vorschlägen, Österreich in die vollständige Abhängigkeit von der tausendmal gefährlicheren sozialimperialistischen Supermacht zu bringen, geradezu überschlägt. Und schließlich warnt die KPÖ vor dem Neonazismus, während sie zugleich überall bemüht ist, den Kampf der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat und die Regierung, den wirklichen Hauptträger der heutigen kapitalistischen Reaktion, abzuschwächen, zu unterminieren und zu spalten und den Kampf gegen den Neonazismus unter der Fahne der bürgerlichen Demokratie auf die Mühlen des bürgerlichen Staates zu lenken.

Die KPÖ will zum 11. März der vielen Opfer des antifaschistischen Kampfes gedenken, aber was sie wirklich propagiert und tut, ist ein Verbrechen an den Kämpfern gegen den Hitlerfaschismus, an dem Erbe, das sie uns hinterlassen und für das sie einen hohen Blutzoll entrichtet haben.

Nicht nur der 11. März 1938 selbst vermittelt der Arbeiterklasse und dem Volk wichtige Lehren, sondern auch wie heute, 40 Jahre danach, von den verschiedenen politischen Kräften, dieses Datums gedacht wird. Die österreichische Arbeiterklasse kann auf eine große Tradition des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Faschismus und Reaktion, gegen Imperialismus und Krieg zurückblicken. Sie wird sich dieses Erbes würdig erweisen und ihren Beitrag im Kampf der Völker der ganzen Welt gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, insbesondere des russischen Sozialimperialismus, leisten. Die Traditionen des Kampfes der Arbeiterklasse, insbesondere des antifaschistischen Kampfes, hochzuhalten, sie für den heutigen Klassenkampf fruchtbar zu machen, den Kampf gegen Imperialismus und Krieg zu verstärken – das wird auch der Inhalt der Versammlungen sein, die der Kommunistische Bund Österreichs zum 11. März machen wird.

Red.

Gegen Verschleppung und für einen Mindestbetrag bei den großen Lohnrunden!

Fortsetzung von Seite 1

jahres erreichen würden!

Jedenfalls sind natürlich sogar diese 7,8% ohne Kampf illusorisch. In der Stahlindustrie ist überhaupt jedes Zehntel über 6% ohne Kampf illusorisch. Aber heute einen *Kampf* gegen den Reallohnabbau unter solchen Bedingungen, ohne entsprechenden Mindestbetrag zustandezubringen – das wird nur sehr schwer möglich sein. Wer die kampflose Kapitulation will, muß einen Mindestbetrag verhindern. Nur so kann man die wilde Entschlossenheit verstehen, mit der Benya und die anderen führenden Sozialdemokraten gegen Mindestforderungen auftreten.

Keine Verschleppung! Ausreichender Mindestbetrag!

Neben der Verhinderung der Verschleppungstaktik wird also der Aufbau einer Front für eine Mindestforderung den Verlauf der Lohnrunde entscheidend beeinflussen.

Die Vorgänge um das Inkrafttreten der KV-Verträge im letzten Jahr zeigen eines sehr deutlich: Wenn ein entsprechender Druck zustandekommt, passieren Dinge, von denen sich so mancher alteingesessene Klassenversöhnler nichts hätte träumen lassen. Da tritt – ungeachtet aller Laufzeiten und Kündigungsfristen – ein Metallarbeiter-KV am 14. eines Monats in Kraft! Eine Woche vorher hätte dieser oder jener SP-Betriebsratsobmann seine ganze Pfründe verwettet, daß das dem Gesetz, den Gebräuchen der Lohnverrechnung und überhaupt dem traditionellen Lauf der Dinge grundsätzlich widerspräche und daher gar nicht möglich sei. Warum sollte nicht auch in bezug auf die Endgültigkeit von Forderungen der Gewerkschaftsführung sein Weltbild ins Wanken gebracht werden? Daß das mit Forderungen Teschls nicht so endgültig ist, weiß man aus dem Vorjahr, wo er auf den Metall-Abschluß warten mußte, um den vollständigen Rückzug anzutreten. Warum soll es nicht auch umgekehrt gehen? Wenn es 1976 gegangen ist, daß sogar nach einem Abschluß eine Belegschaft mit Streikdrohung eine zusätzliche Erhöhung durchsetzt. Warum sollen die Industrie-Angestellten, deren Sektionsvorstand heuer erst nach den Metallarbeitern zusammentreten darf, diesmal mehr „Rücksicht" auf die Benya-Linie nehmen? Schließlich sind sie auch im Vorjahr vom Präsidium eindringlich genug beschworen worden, daß Benya im Zentralvorstand Metall-Bergbau-Energie keine Mindestforderung zulassen wird – und trotzdem sind S 720.- für die Industrieangestellten gefordert worden.

Sicher: Entscheidend wird – neben den Vorgängen in den großen Chemie-Betrieben – die Entwicklung in der Metall-, insbesondere in der Stahlbranche sein. Angeblich haben VÖESt-Betriebsräte beim Vorstand wegen Lohnerhöhungen vorgesprochen und sind hinausgeschmissen worden. Das ist zweifellos ein starkes Stück – nach Umschulungen, Betriebsschließungen und monatelanger Propaganda gibt es noch immer Betriebsräte, die nicht die Arbeiterinteressen der Exportoffensive unterordnen. Auch bei der VEW-Betriebsrätekonferenz ist das Stimmungsbarometer keineswegs bei allen auf Dankbarkeit und Unterwürfigkeit gestanden. Die Betriebsversammlung eines Gewerbebetriebes der Branche hat eine Mindestforderung von S 1.000 beschlossen (Sacher Technische Werke).

Es wäre falsch, das alles überzubewerten. Aber es wäre auch falsch, das nicht zu sehen. Die Pläne der Kapitalisten sind das eine. Die Bereitschaft der sozialdemokratischen Machthaber im ÖGB, die Kapitulation der Arbeiter und Angestellten von diesen Plänen durchzusetzen, ist vorhanden. Ob und wie weit sie das können, ist eine andere Frage. Und die ist noch nicht entschieden.

Red.

Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des KB



Aus dem Inhalt:
Politischer Bericht des Zentralkomitees
Resolution zur Analyse der internationalen Lage
Referat des Sekretärs des ZK zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich
Organisationsbericht des ZK (Auszüge)
Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften
Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten
Die wichtigsten Änderungen am Programm und Statut
Best.Nr.Z2000 157 Seiten Preis: S 50,-

Programm und Statut



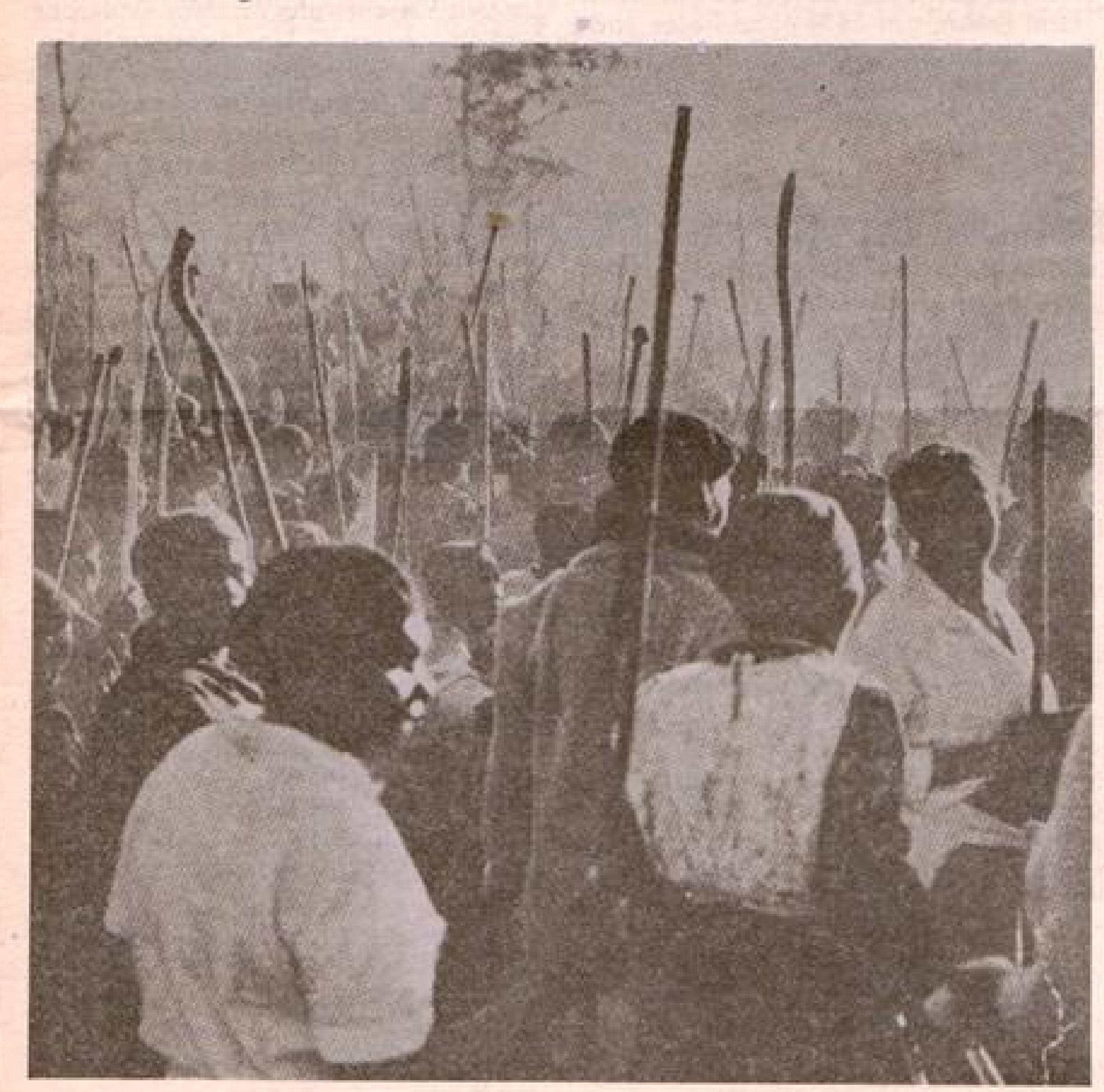


erhältlich in deutsch und slowenisch
Preis S 5,-.
Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

8. März: Internationaler Tag der werktätigen Frau



Die Streckenvortriebsfrauenbrigade im chinesischen Kohlenbergwerk Dsaodschuang. Mit der raschen Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und dem ständigen Anwachsen von gemeinsamen sozialen Einrichtungen, wie Kantinen und Kindergärten, sind für die Frauen die notwendigen Voraussetzungen vorhanden, sich von den schweren Hausarbeiten zu befreien und an der gesellschaftlichen Produktion teilzunehmen.



Azanische Frauen im Kampf gegen das rassistische Kolonialregime Vorsters

„Wie die Männer sind die Frauen des Ölfelds Datjing unentbehrlich für den Aufbau des Ölfeldes. Was immer die Genossen erfüllen können, können auch die Genossinnen. Sie sind wirklich 'die Hälfte des Himmels'; in der Revolution, wie in der Produktion." Das sagte am 8. März des Vorjahres Chang-jung, Leiterin der politischen Abteilung und Vizepräsidentin der Frauenvereinigung des Ölfeldes Datjing, des vorbildlichen sozialistischen Industriegebietes im Norden Chinas.

In den sozialistischen Ländern wurde die Bahn für die vollständige Befreiung der Frau freigemacht, und die Frauen nehmen heute gleichberechtigt an der gesellschaftlichen Produktion und am gesellschaftlichen Leben teil. In den kapitalistischen Ländern jedoch lastet trotz des ungeheuren technischen Fortschritts, trotz des jahrzehntelangen Kampfes um die Gleichstellung der Frau weiterhin ein doppeltes Joch auf den Frauen des Volkes. Die Unterdrückung durch das Kapital: In der Produktion sind die Frauen wie der männliche Teil der Arbeiterklasse der unerbittlichen Gier des Kapitals nach Aussaugung lebendiger Arbeitskraft unterworfen, die die Arbeit zur Quelle des geistigen und körperlichen Ruins statt zur schöpferischen Tätigkeit zum Wohle aller macht. Wie die Männer sind sie der politischen Unterdrückung und Entrechtung durch die Bourgeoisie unterworfen. Darüber hinaus aber sind die Frauen in allen kapitalistischen Ländern erstens weder ökonomisch noch rechtlich tatsächlich gleichgestellt und unter den allgemeinen Bedingungen der Lohnsklaverei noch besonderer Unterdrückung ausgesetzt. Zweitens aber, „und das ist die Hauptsache", schrieb Lenin, „bleiben sie 'Haussklavinnen', weil sie durch die gröbste, schwerste, den Menschen am meisten abstumpfende Arbeit, die Kleinarbeit in der Küche und überhaupt im vereinzelten Familienhaushalt niedergedrückt werden."

Die Unterbezahlung der Frau ist auch in Österreich trotz gegenteiliger Versicherung der regierenden Sozialdemokraten eine Tatsache. Bei Zuspitzung der Krise sind die Frauen unter den Ersten, die auf die Straße fliegen. Tiefkühlkost und elektrische Haushaltsgeräte – sofern man sie sich überhaupt leisten kann – haben den Arbeitstag der Frau nicht freigemacht, sondern sie sind unbedingte Notwendigkeit für die werktätige Frau, um halbwegs über die Runden zu kommen. Die hohen Kosten und die Bedingungen der Kinderaufziehung zwingen viele Mütter wieder an den Herd zurück.

Die Jahrtausende alte Ideologie der ungleichen Stellung von Mann und Frau – entstanden mit der Klassengesellschaft und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – hat im kapitalistischen Privateigentum weiterhin feste Wurzeln.

Der Kapitalismus hat die Frauen in die Produktion gerissen, er hat die patriarchalische Familie zerschlagen, die Bedingungen für eine neue Stellung der Frau in der Gesellschaft, eine neue Form der Familie, für die Befreiung der Frau von der häuslichen Sklaverei geschaffen. Auf Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln, an Grund und Boden und den Fabriken aber nehmen diese Fortschritte „unvermeidlich die furchbarsten, katastrophalsten und ekelhaftesten Formen an." (Lenin).

Der Kampf um die völlige rechtliche Gleichstellung der Frau im Kapitalismus ist ein unbedingtes Erfordernis der Demokratie. So lange aber nicht die Wurzeln der Unterdrückung der Frau – das kapitalistische Privateigentum – ausgerissen sind, wird weder die Befreiung der Frau von der „Haussklaverei" noch die vollständige und tatsächliche Gleichstellung erreicht werden. Der Sozialismus wird durch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht nur die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen, sondern dadurch auch die Bahn frei machen für die tatsächliche Befreiung der Frau.

Der Weg der Befreiung der Frau ist an der Seite der Klassengenossen im Kampf zum Sturz der Ausbeuterherrschaft. Umgekehrt ist die Befreiung der Frau Bestandteil jeder revolutionären Bewegung. Keine unterdrückte und ausgebeutete Klasse kann ihren Gegner schlagen, wenn sie nicht alle ihre Kräfte mobilisiert und zusammenschließt. Der Erfolg jeder Revolution hängt davon ab, inwieweit die Frauen daran teilnehmen. Welch großen Beitrag die Frauen im Kampf für nationale und soziale Befreiung leisten, sieht man heute nicht nur in den sozialistischen Ländern. In Zimbabwe, Azania, Palästina, überall, wo die Völker sich zum Kampf erheben, erheben sich auch die Frauen des Volkes und nehmen an allen Fronten des Kampfes teil. In Österreich haben die Arbeiterfrauen auch in den letzten Jahren der Bourgeoisie gezeigt, daß sie nicht auf die „Schwäche" der Frauen und ihre Abspaltung von den Männern der Arbeiterklasse setzen kann: Der Streik der Hukla-Arbeiterinnen, denen auch die Einbeziehung ausländischer Arbeiter gelang, die Solidarität der Frauen der streikenden Böhler-Arbeiter mit ihren Männern gegen Einschüchterungsmaßnahmen der Konzernleitung waren Beispiel dafür. Auch in den gegenwärtigen politischen Kämpfen sind die Frauen des Volkes eine große Kraft – z.B. im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm ihrer Regierung. Sie können und müssen ihrer Rolle als „die Hälfte des Himmels" noch besser gerecht werden!



Linz, 300 Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten im November 1977 vor dem Linzer Metromarkt in Solidarität mit dem Arbeitskampf der Belegschaft für die Einhaltung der Kollektivverträge, die zu 80 % aus Frauen besteht. Die Metro-Kapitalisten mußten zurückstecken.



Eine kambodschanische Fraueneinheit auf Patrouille im Volksbefreiungskampf gegen die US-Aggressoren.

Vertiefung der Finanzkrise – verschärfte Ausplünderung der Volksmassen

Im Rechenschaftsbericht des ZK des KB Österreichs an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz heißt es:

„Die imperialistischen Staatsgeschäfte und die ständige Aufblähung des imperialistischen Staatsapparates führen – ob in Zeiten der 'Prosperität' oder der Krise – notwendigerweise zu einer beständig wuchernden Aufblähung des Staatsbudgets, zu explodierenden Ausgabensteigerungen des bürgerlichen Staates, die in immer krasserem Mißverhältnis zu seinen Einnahmen stehen." „Der imperialistische Staat als beständig wucherndes Krebsgeschwür am Leib der Gesellschaft ist unersättlich. An die Stelle jeder finanzierten reaktionären Machenschaft läßt die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung drei neue treten, die nach Finanzierung schreien. Die ständig sich verschärfende Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise fordert gebieterisch immer größere Aufwendungen zu ihrer Dämpfung und zur Verdeckung der Wunden, die sie der Gesellschaft schlägt, zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Bedingungen für das Weiterbestehen der Ausbeuterordnung. Wo Ausbeutung und Entrechtung herrschen, entwickelt sich zwangsläufig Widerstand und Revolution. Zur Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Entrechtung muß der Gewaltapparat und die würgende Klammer der staatlichen Bürokratie ständig gefestigt und ausgebaut werden. Die Verfolgung der aggressiven, expansionistischen Ausbeuterinteressen nach außen und die Entwicklung der Widersprüche unter den Imperialisten, vor allem zwischen den beiden Supermächten, treiben ebenfalls die Ausgaben für den Ausbau des Militärapparats weiter in die Höhe." (Seite 51 der Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz).

Die Geschichte des Imperialismus ist eine Geschichte der Aneignung eines wachsenden Teils des gesellschaftlichen Reichtums durch den bürgerlichen Staat.

1913, im Jahr vor dem 1. Weltkrieg, zog der monarchistische Staatsapparat etwa 10 Prozent des Bruttonationalproduktes (BNP) an sich, in den Zwanziger Jahren waren es knapp mehr als 20 Prozent, 1966 27 Prozent und zehn Jahre später überschritt dieser Anteil die 30-Prozent-Marke.

Siehe Statistik 1

„Dieser beständigen Explosion der Staatsausgaben hinkt die Aufbringung der Mittel zu ihrer Finanzierung ebenso beständig hinterher. Was das Kapital aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung der anderen Werktätigen an sich gerafft hat, entzieht es erfolgreich weitestgehend dem Zugriff des Staates, der Besteuerung und den anderen öffentlichen Abgaben. Der Fonds, aus dem der imperialistische Staat seine reaktionäre Tätigkeit finanziert, speist sich gewalttätig mit immer größerem Gewicht aus den Lohngeldern und Einkünften, die der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen nach der Ausbeutung und Ausplünderung durch die Kapitalisten verbleiben. Dieser Fonds ist beschränkt durch die Ausbeutung und Ausplünderung selbst, die den Lohn und die Einkünfte der Werktätigen drücken, und durch das Ausmaß, in dem sich diese beschränkten Mittel zur Erhaltung der Arbeitskraft durch die Staatsgewalt noch weiter schmälern lassen." (Seite 52).

Die letzten 12 Jahre bringen eine Versechsfachung der Lohnsteuereinnahmen, eine Vervierfachung der Mehrwertsteuereinnahmen – insgesamt mehr als eine Vervierfachung der Einnahmen des Staates aus den Massensteuern – mit sich, während die Einnahmen aus den Kapitalistensteuern sich kaum verdoppelt haben

Siehe Statistik 2

Trotz gewaltiger Steigerung der Steuerausplünderung liefen die Ausgaben den Einnahmen davon. Insbesondere 1975, als zur allgemeinen Finanzkrise noch die Folgen der Wirtschaftskrise hinzukamen, vergrößerte sich das Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen und wurde das ganze Ausmaß der Finanzkrise schlagartig offengelegt.

Gedeckt werden die steigenden Defizite durch Staatsverschuldung.

Siehe Statistik 3

Heute macht die Staatsverschuldung schon fast ein Viertel des Bruttonationalproduktes aus, die Schuldenaufnahme betrug in den letzten zwei, drei Jahren 40 – 45 Mrd. – das waren etwa 5 – 6 Prozent des BNP.

Die Staatsschuld wirft für die Banken, die sie gewähren, in der Form der Zinszahlungen gewaltige Erträge ab (heuer 13,6 Mrd.) und gibt ihnen außerdem eine noch größere Kontrolle über die Regierung. Hauptgläubiger des Staates sind in Österreich die großen, inländischen Banken, die ¾ der Staatsschuld halten oder an Inländer profitabel weiterverkaufen. Ein Viertel ist Auslandsschuld.

Die Statistiken zeigen die Krise, in der sich der Staatshaushalt befindet, deutlich. Ein wachsender Teil ist in Schuldendienstzahlungen fest gebunden, ein anderer Teil umfaßt die „starren Ausgaben" und der Posten „Wirtschaftsförderung" sind jene Gelder, die gerade die SP-Regierung in Form direkter Zuwendungen an die Kapitalisten und die verstaatlichten Konzerne ausschüttete. Dieser Posten ist von 2,4 Mrd. (1971) auf 14 Mrd. (1977) gestiegen. Daneben haben sich die Investitionen des Staates nur verdoppelt, was der allgemeinen Ausgabenentwicklung entspricht. Das jüngste „Investitionsprogramm der Bundesregierung", das für die nächsten 10 Jahre geplant ist, ist nichts anderes als die Willenserklärung, nicht nur die Eigeninvestitionen in der gegenwärtigen Höhe aufrechtzuerhalten, sondern auch diese direkten finanziellen Zuwendungen. Diese Zahlen zeigen mehr als deutlich, daß die wachsende Staatsverschuldung den wirtschaftspolitischen Spielraum der Regierung ernsthaft zu beschneiden begonnen hat. Die Finanzkrise hat bereits sehr ernste Ausmaße angenommen.

Lange Zeit aber spekulierte die Regierung noch auf einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung. Sie steckte große Summen in die Wirtschaft, um in einem gewissen Ausmaß die Auswirkungen der Krise zu dämpfen und die Arbeitslosigkeit zu vermeiden: Das wurde 1977 angesichts des Ausbleiben des Aufschwungs unhaltbar.

Das Fortdauern der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft machte eine Finanzpolitik, die in der Hoffnung auf zukünftige konjunkturell bedingte Mehreinnahmen heute die Staatsverschuldung ausweitet, zu einem riskanten Abenteuer. Die Regierung kam unter Druck, eine Revision ihrer bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik vorzunehmen, um die „Handlungsunfähigkeit" gerade angesichts einer drohenden neuerlichen Vertiefung der Krise wiederzugewinnen. Im Herbst 1977 wurde diese Revision nach einigem Hin und Her eingeleitet.

„Dahinter steht die Forderung der Kapitalistenklasse, an die Stelle von Hoffnungen auf einen baldigen Aufschwung endlich energischere Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes zu setzen", haben wir im September anläßlich der Ankündigung des „Maßnahmenpaketes der Bundesregierung" geschrieben (Klassenkampf Nr. 20/77). Und weiter: „Der Übergang von einer im allgemeinen expansiven Wirtschaftspolitik zu einer scharf restriktiven Sanierungspolitik mußte eingeleitet werden und ist eingeleitet worden."

Vom damals Angekündigten wurde fürs erste einmal durchgeführt: Weiterer Aufschub der Lohnsteuerreform, Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Einführung von Kurzarbeit („Schulungen") bei der VÖESt-Alpine sowie die Einleitung eines Rationalisierungsprogrammes für den VEW-Konzern. Das fiel zusammen mit entschiedenen Anstrengungen der Regierung zur Untergrabung der Pensions- und Arbeitslosenversicherung. Das dort gebundene Kapital soll frei werden für Zwecke, die für die Bourgeoisie profitabler sind, der Arbeiterschutz soll weiter untergraben werden, um auch von dieser Seite den Generalangriff der Kapitalistenklasse zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse abzusichern. Ganz auf der Linie des Kampfes gegen die übermäßigen Sozialleistungen" liegt auch die Plünderung der Reserven des Familienlastenausgleichsfonds – und zwar im Jahr 1978 um 5,5 Mrd.

Die Beibehaltung der vollen Lohnsteuerprogression brachte gegenüber einer ursprünglich angekündigten Reform die die Belastung gleichbelassen hätte, rund 6 Mrd. ein, die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2–3 Mrd. und der Plünderungszug gegen die Pensionsversicherung ersparte 6 Mrd. an Bundeszuschüssen. Dieses Maßnahmenpaket sollte unter normalen Umständen der Regierung die Mittel in die Hand geben, um 1978 ohne bedeutende Vergrößerung des Bruttodefizits und ohne eine so starke Steigerung der Finanzschuld wie 1975, 1976 und 1977, über die Runden zu kommen.

Das letzte Wort konnte und wird das „Maßnahmenpaket" in der Tat nicht gewesen sein. Die Krise wird sich verschärfen und nicht abschwächen, der Druck auf den Staatshaushalt wird zu- und nicht abnehmen und die Anforderungen an ihn steigen. In welcher Weise die SP-Regierung den verschärften Kurs in der Finanzpolitik fortsetzen wird, kann man nicht sagen – daß sie es müssen wird, ist sicher. Die Regierung wird bei der Lage des Staatshaushaltes auf die automatischen Wirkungen der Lohnsteuerprogression auch in den nächsten Jahren nicht verzichten können, und das im selben Maß, in dem der Druck nach einer echten Befreiung der lohnabhängigen Massen von dieser Haupteinnahmequelle des Staates zunehmen wird. Gleichzeitig wird sie weitere Steuerbelastungen des Massenkonsums planen, sei es durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Schöpfung neuer Verbrauchssteuern.

Schon auf der Regierungsklausur hatte der Bundeskanzler angekündigt, daß in Hinkunft die Zweijahressprünge im Öffentlichen Dienst in die Lohnerhöhungen eingerechnet werden müßten; die Reformpläne der Regierung für das Gehaltsschema werden den Leistungsdruck enorm verschärfen, indem der jetzt herrschende Zeitlohn durch den Leistungslohn ersetzt wird. Begleitet wird dies sein von „Überstellungsverlusten". – faktische Lohnkürzungen durch Umstufungen.

Man sieht: Auf jedem Gebiet des Staatshaushaltes und der Finanzpolitik zeichnet sich der Übergang zu einer noch entschiedeneren Verschärfung der Ausplünderung der Volksmassen ab. Und dies unter Bedingungen, da die Entwicklung der Wirklichkeit der SP-Regierung ihr ideologisches Hauptargument im selben Maße aus der Hand schlägt, indem die entschiedenste Verschärfung der Finanzpolitik notwendig wird: nämlich das Argument der „Arbeitsplatzsicherung". Die Revision der Finanzpolitik, erzwungen durch die gesamte objektive Entwicklung der kapitalistischen Krise und der Finanzkrise des imperialistischen Staates, wird so zu einer Quelle der Verschärfung des Klassenkampfes werden.

Statistik 1: Explosion der Staatsausgaben

	BNP	Staatsausgaben	in % des BNP	Einnahmen	Bruttodefizit
1966	267,6	72,3	27,0	68,6	3,9
1971	469,4	112,6	27,3	104,8	7,4
1974	613,5	167,1	27,2	148,6	18,4
1975	654,4	196,7	30,0	159,5	39,1
1976	728,7	221,9	30,5	177,9	44,0
1977	801,0	240,8	30,0	197,2	46,0
1978	857,0	267,7	31,2	227,1	40,5
1978 (1966–100)	316,5	370,3		330,0	1040

in Milliarden Schilling

Statistik 2: Steigerung der Steuern

in Milliarden Schilling

	Lohnsteuer	Umsatzsteuer (MWSt)	Verbrauchssteuern	Einkommensteuer	Körperschaftssteuer	Gewerbesteuer
1966	8,3	18,0	7,7	7,5	3,0	4,5
1971	16,0	23,2	12,4	10,8	4,1	5,9
1976	32,3	63,1	16,4	16,3	5,9	8,7
1977	41,0	70,5	17,9	17,0	6,6	9,6
1978	50,8	77,4	18,7	21,0	7,7	10,6
1978 (1966–100)	*612*	*430*	*243*	*280*	*250*	*230*

Statistik 3: Entwicklung der Finanzschuld

(in Mrd. Schilling)

* – Tilgungen + Zinsen/Jahr

	Finanzschuld	Finanzschulddienst *	(in % der Staatsausgaben)	Zinsendienst
1966	29,3	4,1		
1971	46,8	9,3	8,2	2,9
1974	61,4	10,8	–	3,6
1975	100,4	13,4	–	4,7
1976	133,8	19,7	9,0	7,9
1977	166,9	25,8	10,6	11,9
1978	192,1	30,9	11,5	13,6

Vorverlegung der Nachtruhe als Vorbereitung der Zapfenstreichvorverlegung

Am 13. Februar hat das Armeekommando alle Kompanien angewiesen, in den Kasernen die Nachtruhe von derzeit 24.00 Uhr auf 22.00 Uhr vorzuverlegen. Ab 22.00 Uhr soll es in den Kasernen ruhig werden. Ab 22.00 Uhr soll es keine Zusammenkünfte der Soldaten mehr geben können, soll kein Radio mehr gespielt werden, das Licht abgedreht werden und wer sich ab diesem Zeitpunkt in der Kaserne befindet, muß im Bett liegen und schlafen.

Nach Berichten aus mehreren Kasernen wird dieser Befehl bereits von den Kommandanten Zug um Zug durchgeführt. Gleichzeitig wissen wir aber auch, daß es Widerstand gegen diese Befehle gibt, daß sie von den Soldaten mißachtet werden.

Es wäre völlig verfehlt, die Vorverlegung der Nachtruhe als Maßnahme zu betrachten, zu der es aus Sorge um ausreichenden Schlaf der Grundwehrdiener gekommen ist, auch wenn nun im Zuge der Durchsetzung dieser Maßnahme hauptsächlich davon die Rede ist. „Wer sich um 22 Uhr noch nicht schlafen legen will, muß ja vor 24 Uhr noch nicht in die Kaserne einrücken", sagen die Kommandanten, „aber die Soldaten, die schon früher schlafen wollen, dürfen nicht von denen, die noch aufbleiben, am Schlaf gehindert werden." So richtig dieser Gedanke auch klingen mag, so fällt einem in diesem Zusammenhang doch als allererstes ein, was Verteidigungsminister Rösch Ende Oktober vergangenen Jahres gesagt hat: Die Möglichkeit der Vorverlegung des Zapfenstreiches auf 22 Uhr müsse geprüft werden. So betrachtet, erscheint die Vorverlegung der Nachtruhe sofort in einem anderen Licht.

Mit wachsender Besorgnis beobachten die Politiker und die Offiziere der Bourgeoisie die miserable Disziplin beim Bundesheer. Maßnahmen, die Anfang bis Mitte der Siebzigerjahre gesetzt wurden, um die Soldaten vom Betrug der Wehrdienstzeitverkürzung abzulenken, haben diese Entwicklung gefördert. Zu ihnen zählen in erster Linie: Zurückverschiebung des Zapfenstreiches von 21.00 Uhr auf 24.00 Uhr, Ausdehnung des Wochenendurlaubes für einen Großteil der Soldaten, Einführung der Heimschläfergenehmigung usw. Tatsächlich ist heute das österreichische Bundesheer eines der wenigen, wenn nicht überhaupt das einzige Heer Europas, wo wohl eine kurzfristige Durchführung der Alarmbereitschaft zu gewissen Zeiten, wie etwa zwischen 18 und 24 Uhr, oder am Wochenende nahezu unmöglich ist. In einer Situation, wo es auf Grund der internationalen Entwicklung und auch der Entwicklung der Verhältnisse im Land selbst eines der Hauptanliegen der Bourgeoisie ist, die Schlagkraft der Armee zu fördern, ist dieser Zustand natürlich ein Hauptstein des Anstoßes. Darum einmal der Plan der Vorverlegung des Zapfenstreiches, der bereits in der neuen ADV, die im Frühjahr in den Hauptausschuß des Parlaments kommen wird, verwirklicht werden soll. Der Befehl der Vorverlegung der Nachtruhe ist die Folge davon, daß es jedoch dem Staat völlig bewußt ist, daß die Grundwehrdiener nicht bereit sind, auf den Zapfenstreich um 24.00 Uhr zu verzichten, der ihnen in beschränktem Ausmaß das Verlassen der Kaserne und den Heimatbesuch in der dienstfreien Zeit ermöglicht. Der gegen die Zapfenstreichvorverlegung zu erwartende Widerstand soll darum bereits jetzt mit der Nachtruheregelung gespalten werden.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die Nachtruhe eine Frage ist, die unter den bestehenden Verhältnissen einen Keil zwischen die Grundwehrdiener treibt. Soldaten die auf Grund der großen Entfernung zwischen Kaserne und Wohnort oder aus anderen Gründen die dienstfreie Zeit nicht zum Heimatbesuch nützen, legen sich meist bereits vor 24.00 Uhr schlafen. Soldaten, die den Heimatort aufsuchen, nützen jedoch jede freie Minute, rücken meist erst knapp vor 24.00 Uhr ein und wecken die bereits Schlafenden wieder auf. Ein weiteres Problem ist es, daß es in keiner Kaserne Räume gibt, in denen Soldaten, die nicht die Kaserne verlassen, die dienstfreie Zeit bis zur Nachtruhe verbringen können. Einen anderen Aufenthaltsort außer den Schlafsälen, wo auf einen „Bewohner" durchschnittlich 1,5 qm kommen, gibt es nicht. Auseinandersetzungen unter den Grundwehrdienern, weil auf den Zimmern Karten gespielt, Musik gemacht oder debattiert wird, während ein Teil der Kameraden schon schlafen will, sind eine alltägliche Erscheinung. Hier sieht der Staat einen Ansatzpunkt, einen Teil der Soldaten für die Vorverlegung des Zapfenstreiches gewinnen zu können, indem er erst einmal auf den Zimmern die Nachtruhe um 22 Uhr durchsetzt. Die Chancen, daß ihm das auch gelingen kann, sind jedoch gering. Die Soldaten suchen nicht nach Lösungen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen das geringste Übel darstellen, sondern sie rebellieren verstärkt gegen die Verhältnisse. Um sich über die Nachtruhe einigen zu können, brauchen sie keine Zwangsvorschriften vom Staat, sondern sie brauchen vor allem die Verwirklichung der Forderungen: *Einrücken aller Soldaten in die nächstgelegene Kaserne! Generelle Bewilligung aller Versetzungsanträge! – Nachturlaub für alle dienstfreien Soldaten! – Aufenthaltsräume für die Soldaten, die bis zum Zapfenstreich geöffnet sind!* Im Kampf darum werden die Nachtruhe-Spaltungsmanöver des Staates untergehen und die Zapfenstreichvorverlegung wird als sein eigentliches Ziel in er ganzen Sache klarer hervortreten. Die geplante Zapfenstreichvorverlegung zu verhindern, ist eine unbedingt nötige Sache. Schließlich geht es darum, ob es dem Staat gelingt, mit einer Maßnahme, die einen Ausbau des militaristischen Kasernensystems darstellt, die Soldaten für zwei weitere Stunden täglich vom Volk abschneidet, auf dem Weg der Straffung und Durchorganisierung der Armee weiterzukommen, oder ob es dem Volk, und in erster Linie den Soldaten, deren Ziel nicht die Verbesserung, sondern die Zersetzung der bürgerlichen Armee ist, gelingt, diesen Plänen mit einem weiteren Angriff auf die militaristische Zwangsjacke entgegenzutreten.

Ein erster Anfang ist bereits getan. Innerhalb weniger Tage haben 14 Soldatenvertreter aus der Wiener Maria Theresien- und der Trostkaserne sowie aus der niederösterreichischen Stockerauerkaserne einen Text unterschrieben, der energischen Protest erhebt und die Forderung aufstellt: „*Keine Vorverlegung des Zapfenstreiches! Rücknahme des Armeekommandobefehles vom 13. 2. 78!*" Die Gruppe Querschläger unterstützt und organisiert den Kampf gegen die Vorverlegung des Zapfenstreiches. Sie wird dazu ein Plakat herausgeben, das in möglichst vielen Orten Österreichs, vor allem in den Kasernen, aufgehängt werden sollte. Das wird die Aufklärung der Bevölkerung, vor allem der Jugend, über die Pläne des Staates vorantreiben und es ermöglichen, den Unmut der bei Bekanntwerden der Zapfenstreichpläne überall spontan entsteht, zum organisierten Protest zusammenzufassen.

Erfahrungen aus dem Wahlkampf der Kommunisten in Graz

Bei den Gemeinderatswahlen kam es darauf an, umfassend unsere Vorstellungen zu propagieren und das Programm des KB Österreichs unter die Massen zu tragen.

Die Arbeiterklasse steht heute vor der Aufgabe, die Angriffe der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates an der wirtschaftlichen und politischen Front im Klassenkampf zurückzuschlagen, ihren Zusammenschluß zu festigen und Kräfte für den Kampf um den Sozialismus zu sammeln, sowie im internationalen Klassenkampf eine breite Front gegen die Supermächte, ihr Hegemoniestreben und die Kriegstreiberei, vor allem des Sozialimperialismus aufzubauen.

Daher haben wir folgende Forderungen in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt:

* Gegen den Reallohnabbau! Für die Verteidigung des Reallohns bei den Lohnrunden!
* Die Arbeiterklasse muß sich gegen die Steigerung der Ausbeutung schützen: 7-Stundentag; 5-Tagewoche; Verbot der Überstunden! Verbot von Nacht- und Schichtarbeit! Verbot des Akkords und aller akkordähnlichen Systeme!
* Im Kapitalismus gibt es keine sicheren Arbeitsplätze! Arbeitslosengeld 80% vom Lohn!
* Gegen die staatliche Ausplünderung! Steuerfreiheit für alle Einkommen bis 12.000,- S! Abschaffung aller indirekten Steuern!
* Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
* Für den Aufbau einer internationalen Einheitsfront gegen die größten Ausbeuter und Unterdrücker, die beiden Supermächte, und deren Kriegsvorbereitungen!
* Gegen die volksfeindliche Gemeindepolitik von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ! LKW-Nachtfahrverbot für ganz Graz! Gegen die Einführung von Parkgebühren in Graz! Kein Schwer- und Durchzugsverkehr durch Wohngebiete!

Über diese Forderungen haben wir im Zuge des Wahlkampfes mit hunderten Menschen gesprochen. Zu einem großen Teil Menschen, die unsere Organisation noch nicht oder kaum kannten. In der Innenstadt ist es dabei mehrmals zu großen Debatten gekommen, an denen sich 40, 50 und mehr Menschen beteiligten. Wie groß das Interesse an diesen Fragen und den Antworten der Kommunisten ist, zeigte sich an der erfolgreichen Unterschriftensammlung für unsere Kandidatur (380 Unterschriften) sowie am Programm- und Zeitungsverkauf. (In den drei Monaten, die der Wahlkampf dauerte, konnte der Zeitungsverkauf um 20% gesteigert und insgesamt 134 Programme verkauft werden.)

Wir haben das Konzept der bürgerlichen Parteien ziemlich gestört. Diese versuchten, von entscheidenden Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen abzulenken und hauptsächlich „Grazer Probleme" zu behandeln. Daß sie auch diese Probleme ausschließlich im Interesse der Kapitalisten lösen wollen - das aufzuzeigen war eine wichtige Aufgabe. Bei den Wahlen haben wir unsere Politik in kommunalen Fragen sehr verbessert und dieses Feld nicht mehr der Bourgeoisie überlassen. Wir haben in einigen Fragen aufgezeigt, zu welchen Widersprüchen der Kapitalismus in der Stadt führt, haben die Schandtaten der bürgerlichen Parteien enthüllt und richtige Forderungen entwickelt (z.B. zum neuen Verkehrskonzept in Graz, zur Subventionierung lokaler Kapitalisten durch die Stadt und zur verstärkten Ausplünderung der Werktätigen durch Tariferhöhungen...) Zu anderen wichtigen Fragen ist uns das noch nicht gelungen (Wohnungsfrage, Gesundheitswesen...)

Die zweite wichtige Erfahrung war: Bei den Gemeinderatswahlen war es äußerst wichtig, auch im wirtschaftlichen Kampf Fortschritte zu machen. Wir haben die wichtigsten Forderungen, die jetzt an der wirtschaftlichen Front erhoben werden sollten, aufgestellt und die reaktionäre Politik aller bürgerlichen Parteien in dieser Frage an vielen Beispielen entlarvt.

Mängel hat es bei der selbständigen Arbeit der Zellen in ihrem eigentlichen Arbeitsbereich gegeben. Ein bedeutender Fehler war es, daß sie während des Wahlkampfes Fragen des wirtschaftlichen Kampfes im Betrieb vernachlässigt haben. Dieser Fehler konnte auch nicht rechtzeitig korrigiert werden, was auch dazu führte, daß die Unterschriftensammlung bei den Betrieben nicht mit dem nötigen Erfolg durchgeführt wurde. Bei den drei Betrieben, wo unsere Zellen arbeiten, konnten wir nur knapp über 10 Unterschriften sammeln. Insgesamt betrug jedoch der Anteil der Unterschriften der Arbeiter und kleinen Angestellten bei der Unterschriftensammlung über 50 Prozent.

Im Wahlkampf war es auch wichtig, den bürgerlichen Parteien direkt entgegenzutreten, wo sie unter die Massen gegangen sind. Insgesamt traten wir bei 7 Wahlveranstaltungen auf. Wir konzentrierten uns auf die SPÖ-Veranstaltungen (4), eine KPÖ-, eine ÖVP-Veranstaltung und eine Veranstaltung mit Vertretern aller Parteien. Die bürgerlichen Parteien wollten die Volksmassen mit Gratis-Buffets, Freibier, Blasmusik und Jubelstimmung zu ihren Veranstaltungen ködern. Es hat sich gezeigt, daß sie ihre Politik nur schwer verteidigen können, daß sie bei Angriffen relativ leicht aus dem Konzept zu bringen sind, daß die Widersprüche in den bürgerlichen Parteien groß sind und auch bei einem offensiven Auftreten der Kommunisten rasch aufbrechen. Wir haben je nach dem zu erwartenden Charakter der Veranstaltung und den vorhandenen Kräften eine Taktik festgelegt (z.B. bei Kreisky Störaktion, bei Kosmus - Gemeinderat der KPÖ - Angriff und Enthüllung in der Diskussion) und das Auftreten gut und gezielt vorbereitet. Die Lage der Arbeiterklasse und positive Vorschläge für ihren Zusammenschluß im Klassenkampf waren dabei das Wichtigste.

Wir haben versucht, uns in allen Fragen auf die Massen zu stützen.

Um kandidieren zu können, brauchten wir 200 Unterschriften von wahlberechtigten Grazern. Wir konnten 380 Menschen - darunter 220 wahlberechtigte Grazer - für die Unterstützung unserer Kandidatur durch ihre Unterschrift gewinnen.

Beim Unterschriftensammeln in den Stadtteilen haben wir erstmals verstärkt Hausbesuche gemacht, die vorher mit Flugblättern angekündigt worden waren. So konnten wir nicht nur viele Unterschriften sammeln, sondern auch viele ausführliche Gespräche führen und 61 Abonnenten kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften gewinnen.

Auch bei der Finanzierung des Wahlkampfes haben wir uns auf die Massen gestützt. Bei einer Spendensammlung, an der sich zahlreiche Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten... beteiligten, erhielten wir 7.215,- Schilling. Damit konnten wir über 75% der Kosten unseres Wahlkampfes decken.

Unser erfolgreiches Auftreten bei den Gemeinderatswahlen hat uns einen wichtigen Schritt weiter gebracht bei der Verbindung mit den Massen. Gleichzeitig stellt es uns vor die Aufgabe, die vielen Menschen, die wir erreichten, weiter an den Kommunismus und an unsere Organisation heranzuführen.

Ortsgruppe Graz

Im Gefolge der U- Bahn- Eröffnung: Erhebliche Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse im Süden Wiens

Eröffnungstag der Wiener U-Bahn zwischen Reumannplatz und Karlsplatz:

Vier Hundertschaften Polizei, 80 Kriminalbeamte, jede Menge „Schwarze" setzten die Gemeindeverwaltung und die Wiener Verkehrsbetriebe ein. Ihre Aufgabe war es, die Massen an die neuen Verfrachtungsmethoden zu gewöhnen, ohne daß es gleich mehrere Tote gibt.

In den unheimlich kleinen und engen Stationen (ein Perron ist etwa 2,5 Meter breit), drängen sich die Leute, so daß jeden Augenblick die Gefahr besteht, daß jemand über die gelbe Linie gedrängt wird, hinter der man nur noch am Gleiskörper Platz hat. Hätte die Polizei nicht immer wieder die langen Rolltreppen beim Karlsplatz abgesperrt, so wären unaufhörlich Leute auf den zum Bersten vollen Perron hinuntergebracht worden, weil man von oben die Lage kaum überblickt und es keine Stiegen gibt. Beim Verlassen der Station am Reumannplatz mußte man sich mehrere Minuten anstellen, bis man überhaupt ins Freie kam. Man kann sich vorstellen, daß es in den Berufsverkehrszeiten zu ähnlichen Drängereien und Wartereien kommen wird. Das Chaos wird jedoch perfekt werden, wenn es zu irgendwelchen Verzögerungen kommt und am ersten Tag hat es bereits mehrere Ausfälle gegeben („Nur zweimal stand am Premierentag die U-Bahn still" - kommentierte die Kronenzeitung)

Ein Großteil der Bewohner des 10. Bezirks und der Einpendler aus Niederösterreich (zusammen etwa 170.000 Menschen) kann den Bezirk in Zukunft mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur mehr über den Reumannplatz verlassen. Während die U-Bahn zwischen Ring und Reumannplatz 5 Stationen hat (teilweise fast 1km Abstand), hatte der 167er vor nicht allzulanger Zeit auf derselben Strecke 13, der 66er 12 Stationen. Das bedeutet nun nach deren Stillegung (vor allem im 4. und 10. Bezirk bis zur Gudrunstraße) beträchtlich längere Anmarschwege. Viele Wege geht man in Zukunft überhaupt besser zu Fuß. Für die Menschen im 10. Bezirk, die südlich des Reumannplatzes wohnen, bedeutet das Auflassen des 167ers und 66ers, und teilweise der Linie O eine bedeutende Verschlechterung. Man muß 1 bis 2mal öfter umsteigen. Dadurch erhöhen sich die Wartezeiten, bis jetzt schon oft 5 - 20 Minuten, noch weiter. Die Einführung einer neuen Buslinie (68A - Laaerbergstraße) und drei Busverlängerungen 15A, 65A, 66A) waren eine längst erforderliche Sache.

Angesichts der Lobpreisungen der Gemeindepolitiker ist es jedoch wert, sich folgendes Beispiel anzuschauen: Für die Menschen aus dem Gebiet Friesenplatz und Neil reichgasse gegen Süden (dort gibt es riesige Gemeindebauten), die bisher während des Hauptverkehrs in den 3. Bezirk direkt mit dem O-Wagen fahren konnten, schaut es heute so aus: Linie 167 bis Reumannplatz - erstes Mal umsteigen; dann U1 bis Südtirolerplatz - zweites Mal umsteigen; dann (im Hauptverkehr) O-Wagen bis in den 3. Bezirk. Außerhalb des Hauptverkehrs, wenn der O-Wagen nicht bis zum Stefan-Fadinger-Platz fährt, sondern nur bis zum Südbahnhof, muß man noch einmal umsteigen: Zweites Mal am Südtirolerplatz in den 18er und dann drittes Mal am Südbahnhof in den O-Wagen. Das kann in manchen Fällen die Fahrzeit um eine halbe bis dreiviertel Stunde verlängern. All dem gegenüber nimmt sich die relativ rasche (massenhaftere, rationellere) Verfrachtung mit der U-Bahn (8 Minuten Fahrzeit, 3 - 7,5 Minuten Wartezeit) nur sehr beschränkt vorteilhaft aus.

Viele Menschen, die sich am Eröffnungstag die Sache einmal anschauten, konnten mit eigenen Augen sehen, welche Art von „Verbesserung" sie erwartet. Und die meisten ahnten auch, wie sich das Tramwayfahren im 10. Bezirk zu einer immer zeitraubenderen Nervenarbeit entwickeln wird.

Trotzdem war für die verschiedenen Bourgeoisschreiberlinge (vom Kurier bis zur Volksstimme) die U-Bahn-Eröffnung ein Volksfest. Von Gemeindepolitikern und dem Bundespräsidenten wurden Sprüche vom „U-Bahnzeitalter", von „Weltstadt" und „Weltstadtbezirk" geklopft. Mit viel Mühe und teurem Aufwand wurde die Sache als „Das Ereignis dieses Jahrhunderts in dieser Stadt" (Stadtrat Nekula) dargestellt. Und wenn die Bourgeoisie ihre Art von Fortschritt feiert (der den Massen im großen und ganzen nur Verschlechterungen bringt), dann soll das ganze auch wie ein Volksfest ausschauen. Mit Liedern („Oh, Du mein Osterreich"), mit zum Fähnchenschwingen gezwungenen Schulkindern und mit Freifahrten sollten die Massen hinter die Gemeindeverwaltung und den Staat vergattert werden. Gelungen ist das wohl kaum.

Rationalisierungen der Verkehrsbetriebe

Es ist wert, einen genaueren Blick auf die Rationalisierungsmaßnahmen der Wiener Verkehrsbetriebe in der Vergangenheit zu werfen: Zuallererst traf die Einführung von schaffnerlosem Ein-Mannbetrieb die Arbeiter: Von 13.500 (1952) ging die Anzahl der Bediensteten auf 8.500 (1976) zurück. Die Anzahl der Festangestellten ging sogar um 43% zurück.

Im selben Zeitraum (1952-76), in dem sich die Gesamtbevölkerung um ca. 2% verringerte, ging die Länge der Betriebskilometer von 297 auf 234 km (—21%) zurück; die Länge der Linienkilometer aber von 518 auf 342km (—34%). Daszeigt, daß die Linien noch rascher kürzer werden als die Gesamtbetriebslänge. Das heißt: öfteres Umsteigen. Im Zeitraum 1907 bis 1967 wurden 163 Straßenbahnlinien gegründet und davon 97 bereits wieder aufgelassen; 1971 bestanden nur mehr 61 Tramwaylinien (Autobusse: 1931 - 1967: 96 gegründet, 34 aufgelassen). Außerdem ging die Anzahl der Trieb- und Personenbeiwagen (1952 - 76) um 35,5% zurück, was einer geringeren Frequenz entsprechen muß, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Betriebslänge „nur" um 21% zurückgegangen ist. Das heißt also, allein aus diesen Zahlen ist eine höhere durchschnittliche Wartezeit ersichtlich. Am wenigsten gingen die Einnahmen zurück (-14%). Die Preise für Fahrscheine stiegen jedoch real von 1948 bis 1976 um das 5,5fache. Nominell stiegen sie von 55 Groschen auf S 10,-!

Die Beförderungsfälle gingen um 29% zurück. Gleichzeitig stieg die Anzahl von KFZs von 54.000 auf 502.000.

Volksgruppenbeiräte: Regierung auch bei Kroaten neuerlich abgeblitzt

Bundeskanzler Kreisky hat den burgenländischen Kroaten eine Frist bis 1. März für die Beschickung der Volksgruppenbeiräte gesetzt. Sie werden ihm ihr Fernbleiben schriftlich mitteilen, erklärten Vertreter einiger Organisationen der burgenländischen Kroaten anläßlich einer Pressekonferenz am 27. Februar in Wien.

Die Assimilation beginne schon in den Kindergärten, die nur deutsch geführt werden. Nur in den ersten vier Schulstufen wird - und das auch nur, wenn Bürgermeister und Volksschuldirektor damit einverstanden sind - auch etwas Kroatisch unterrichtet. Für Haupt- und Mittelschulen bestehen überhaupt keine Regelungen. Ebensowenig gibt es eine Amtssprachenregelung und topographische Aufschriften in beiden Sprachen.

Auch die Volksgruppenbeiräte seien für sie indiskutabel, weil die Minderheitenvertreter dort nichts Verbindliches zu bestimmen, sondern nur „beratende" oder, offen ausgedrückt, nur Schaustellfunktion haben würden. Und noch dazu sollten in diesem Gremium 7 wirklichen Kroaten-Vertretern 11 SPÖ-Assimilanten um den SP-Abgeordneten Robak gegenübersitzen.

Auch der Vorsitzende des Kroatischen Kulturvereines (der bei dieser Pressekonferenz nicht vertreten war), Dr. Müller, erklärte in einem Zeitungsinterview am 20. Februar: „Die Volksgruppenbeiräte sind eine Farce. Zu solchen Beiräten sagen wir nein."

Die Pläne der Regierung werden also nicht nur bei der slowenischen, sondern auch bei der kroatischen Minderheit nicht aufgehen.

Slowenische Kulturtage

Vom 16. bis 18. Februar fanden in Klagenfurt /Celovec die 9. Kärntner Kulturtage der slowenischen Minderheit statt. Diese Kulturtage sind eine alljährlich stattfindende Veranstaltung, die der wissenschaftlichen Erörterung verschiedener Probleme des Kampfes der Slowenen um ihre Rechte und politischer Diskussion und Auseinandersetzung dient.

Diesmal war die Minderheitenschulproblematik Gegenstand der Untersuchung und Debatte. In mehreren Referaten wurde die Geschichte des Minderheitenschulwesens, der Unterdrückung und Diskriminierung auf diesem Gebiet, die Politik der beiden slowenischen Zentralorganisationen dazu und die Entwicklung und Bedeutung des Slowenischen Gymnasiums dargelegt.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung war die Feststellung, daß das Slowenische Gymnasium wesentlich mehr Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien besuchen, als dies bei den anderen Mittelschulen der Fall ist.

Vertreter des Landesschulrates redeten zwar davon, wie positiv ein zweisprachiger Unterricht vom pädagogischen Standpunkt her ist, verteidigten andererseits die gegenwärtige entrechtende Situation, wie sie nach dem Minderheiten-Schulgesetz seit 1959 besteht. Sie drückten sich um eine Stellungnahme zu der Forderung der beiden slowenischen Zentralorganisationen nach obligatorisch zweisprachigem Unterricht im gesamten gemischtsprachigen Gebiet. Ein solcher Unterricht würde dem Chauvinismus und der Spaltung des Volkes eine wirksame Schranke setzen. Die Notwendigkeit des Kampfes um eine solche Regelung haben die 9. Kärntner Kulturtage klar bestätigt.

Ab März: Gemeinsame Zeitung der Studentenorganisationen des KB

Am 19. Februar beschlossen die kommunistischen Studentenorganisationen des KB Österreichs - MLS Wien, MLS Linz und MSB Salzburg - die gemeinsame Herausgabe der *„Kommunistischen Studentenzeitung"*, die an den Hochschulorten Wien, Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck und Klagenfurt/Celovec verbreitet werden wird.

Diese Studentenorganisationen haben zum Ziel, auf Grundlage des Programms, der Gründungsdokumente und der Beschlüsse der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KB Österreichs die Mehrzahl der Studenten für den Kommunismus und für den Klassenkampf auf Seiten des Proletariats zu gewinnen. Diesem Ziel soll auch die *„Kommunistische Studentenzeitung"* dienen. Das Hauptmittel der kommunistischen Studenten für ihre Arbeit auf den Hochschulen ist der *„Klassenkampf"*, das Zentralorgan des KB Österreichs.

Im Beschluß der drei kommunistischen Studentenorganisationen zur Herausgabe einer Zeitung heißt es:

„Neben diesem Hauptmittel ist die Herausgabe der *Kommunistischen Studentenzeitung* nützlich, um im breiteren Maßstab die kommunistische Agitation und Propaganda unter die Studenten zu tragen, dabei die Besonderheiten ihrer Lage und Widersprüche zu berücksichtigen und sie so besser an den *„Klassenkampf"* heranführen zu können. Sie ist auch nützlich, um die selbständigen Fähigkeiten der kommunistischen Studentenorganisationen und ihrer Kader zu fördern. Sie ist weiters nützlich für den Aufbau von Studentenorganisationen in den Hochschulstädten, in denen heute noch keine existieren.

Um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, darf die Kommunistische Studentenzeitung sich nicht auf die besonderen Studienfragen beschränken, sondern muß anstreben, den Studenten die Lage und Entwicklung aller Klassen und Schichten der Gesellschaft und die internationale Lage verständlich zu machen, den Klassenkampf im eigenen Land und international zu erklären, ihre eigene Stellung in der Gesellschaft und im Klassenkampf zu beleuchten und sie in allen Fragen des Klassenkampfs für die Linie der Kommunisten zu gewinnen."

Die *„Kommunistische Studentenzeitung"* wird den unmittelbaren Studentenfragen, der kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft, dem ideologischen Kampf gegen die besonderen Erscheinungsformen von Reformismus und Revisionismus auf den Universitäten und der Tätigkeit der Kommunisten auf der Hochschule und in den Organen der Österreichischen Hochschülerschaft mehr Raum geben können als der *„Klassenkampf"* und „alle Fragen des Klassenkampfs so behandeln, daß die Studenten sie verstehen und die praktischen Schlußfolgerungen für sich daraus ziehen können und dabei die politische Entwicklung unter den Studenten berücksichtigen."

Die *„Kommunistische Studentenzeitung"* wird außer in den Hochschulferien monatlich erscheinen.

Die erste Nummer erscheint am 6. März.

KOMMUNISTISCHE STUDENTENZEITUNG

Zu beziehen über die Kommunistischen Studentenorganisationen MLS Wien, MLS Linz und MSB Salzburg und über die Ortsgruppen des KB.

Erscheint am 6. März Preis S 4,-

Der Widerstand der Völker der Sowjetunion und Osteuropas entfaltet sich

Seit die Sowjetrevisionisten Mitte der 50er Jahre durch einen Putsch die Macht an sich rissen und darangingen, den ersten sozialistischen Staat der Welt in eine imperialistische Macht zu verwandeln, gingen bedeutende Veränderungen in der Sowjetunion selber und in den sozialistischen Ländern Osteuropas vor sich. Die Sowjetrevisionisten trennten die Arbeiter von den Produktionsmitteln und schwangen sich selbst zu Herren über diese auf. Sie stellten die alte Ausbeuterordnung wieder her und warfen die sowjetischen Arbeiter in die selbe Lage zurück, die diese vor der Oktoberrevolution 1917 gehabt hatten, die Lage einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse.

Mao Tsetung untersuchte die neuen Verhältnisse und kam zum Ergebnis: *„Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers.*

Die sowjetrevisionistische Ausbeuterklasse braucht die faschistische Diktatur, um den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die verstärkte Ausbeutung zu brechen, um den Widerstand des Volkes gegen die schweren Lasten zu brechen, die der Volkswirtschaft die Profitjagd und die Militarisierung auferlegen, um den Widerstand der nichtrussischen Nationalitäten gegen die ständig wachsende Unterdrückung und die gewaltsame, brutale Russifizierungspolitik zu brechen, um jede Art von Widerstand gegen die Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Raubkrieg zu brechen.

Heftiger Widerstand in der Sowjetunion

Von der ersten Stunde an stießen die neuen Zaren auf erbitterten Widerstand. 1956, im Jahre der Usurpation der Staatsmacht durch die neue Bourgeoisie, fanden Massendemonstrationen in Tiflis, Moskau, Kiew, Stalingrad und anderen größeren Städten gegen den neuen wirtschaftlichen und politischen Kurs statt. 1959 kam es in Temir Tau zu ersten größeren Arbeiterunruhen. 1962 konnte ein Arbeiteraufstand in Nowtscherkassk, an dem sich auch Jugendliche, Studenten und Hausfrauen beteiligten, nur durch den Einsatz von Truppen, Panzern und Fallschirmjägern erstickt werden. Mehrmals mußten die Revisionisten den Ausnahmezustand verhängen, da sie den Unruhen und Massenstreiks anders nicht mehr Herr werden konnten. Allein im Jahre 1962 gingen - nach offiziellen sowjetischen Statistiken - rund 100 Millionen Arbeitstage verloren. Anfang der 60er-Jahre begannen auch die ersten Kämpfe der unterdrückten Nationalitäten. Unter den Studenten, Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern entwikkelte sich eine immer größere demokratische Oppositionsbewegung, die durch noch so viele Terrorurteile, Verhaftungen, Einweisungen in sogenannte „Psychiatrische Anstalten“, die nichts als KZs sind, nicht erstickt werden konnte, sondern im Gegenteil immer breiter und unübersehbarer wurde.

Unter den schwierigsten Bedingungen finden, trotz unerhörtester Unterdrükkung, gewaltige Ausbrüche von Protestbewegungen statt, als Höhepunkte eines ständig geführten Kampfes. „Mangelnde Arbeitsdisziplin“, „Bummelantentum“, „Krankfeiern“, „Sabotage“, so beschreiben die sowjetischen Zeitungen den tagtäglichen Kleinkrieg, den andauernden Widerstand der Arbeiter gegen die Ausbeutung.

1967 demonstrierten tausende Arbeiter der Charkower Traktorenfabrik, 1969 tausende Arbeiter des Wasserkraftwerkes Kiew, 1972 wird über die Arbeiterstadt Dnjeprodserschinsk der Ausnahmezustand verhängt, im selben Jahr demonstrieren die Arbeiter dieser Stadt. In Litauen und Estland beteiligen sich die Arbeiter an großen Demonstrationen, in deren Zentrum die Forderung nach Freiheit und Unabhängigkeit dieser nationalen Republiken stand. Als im Dezember 1970 in den polnischen Hafenstädten ein Arbeiteraufstand stattfand, kam es in mehreren sowjetischen Städten zu Solidaritätsstreiks. In den letzten 2 Jahren wurde über Streiks aus Moskau und Leningrad berichtet. Im Oktober 1977 kam es in Wilna (Litauen) nach einem Fußballspiel zu einem Massenprotest gegen den großrussischen Chauvinismus, wobei im Gefolge einer Demonstration vorwiegend jüngere Arbeiter der Polizei und KGB-Agenten eine mehrstündige Straßenschlacht lieferten.

Mitte Februar wurde die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft bekannt, als 5 Gründungsmitglieder verhaftet wurden. Die „Helsinki-Gruppe“, eine Gruppe demokratischer Intellektueller, schickte eine Unterstützungserklärung. Die unabhängige Gewerkschaft ging aus einer gemeinsamen Initiative von Arbeitern aus vielen Städten der UdSSR hervor. die den Kampf gegen Ausbeutung und Faschismus aufgenommen hatten (siehe Klassenkampf 26/77). Die Prawda von 14.1.1978 druckt einen „Brief des ZK der KPdSU und des Ministerrates an alle Werktätigen“ ab, in dem es wiederum heißt: „Jährlich machen die Verluste wegen Bummelei, Maschinenstillstand, Fernbleiben vom Arbeitsplatz, Dutzende von Millionen Arbeitstagen aus“. Die Militarisierung der Volkswirtschaft zwingt die neuen Zaren die Ausbeutung bedeutend zu verschärfen-Akkordsysteme und Schichtarbeit werden 1978 breit eingeführt-. Dies wird gemeinsam mit der Verstärkung der faschistischen Unterdrükkung neue Klassenkämpfe auslösen.

In Osteuropa entwickelt sich der Widerstand

Die Sowjetunion hat die Länder Osteuropas versklavt und hält ihre Truppen dort stationiert. Jegliche Unabhängigkeit wird mit Füßen getreten. Für die Kriegspolitik der Sowjetunion sind diese Länder wichtige Aufmarschgebiete.

Bereits 1956, als die Sowjetrevisionisten auch in Polen die Diktatur des Proletariats stürzten und an die Restaurierung des Kapitalismus gingen, leisteten die polnischen Arbeiter bewaffneten Widerstand zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats, den die Kremlzaren nur mit Panzern niederringen konnten. 1970 erhoben sich die Arbeiter in den polnischen Hafenstädten in einem revolutionären Aufstand, der blutig niedergemetzelt wurde. 1976 brach der Haß der polnischen Arbeiter gegen die neuen Ausbeuter und Unterdrücker abermals in einer Woge revolutionärer Kämpfe aus, als unerhörte Lebensmittelpreiserhöhungen bekanntgemacht wurden. Die Preiserhöhungen mußten damals zurückgenommen werden.

Im Herbst 1977 fanden in Ostberliner Betrieben und in Karl-Marx-Stadt größere Streiks statt gegen die Verknappung und Verteuerung von Bohnenkaffee und die Einführung einer Kaffee-Ersatzmischung sowie gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen insgesamt. Erst jüngst fand der Widerstand gegen die sowjetische Besetzung einen Ausdruck bei einer Kundgebung jugendlicher Arbeiter und Studenten in Ostberlin, die Sprechchöre „Russen raus!“ riefen.

In allen Klassen der unterdrückten Nationen Osteuropas entwickelt sich Widerstand gegen das Joch der Fremdherrschaft. Die Reaktion der Sowjetrevisionisten ist eine Eskalation des Terrors und der Unterdrückung. Völlig unschuldige Leute werden von der Justiz verfolgt, Vertreter der demokratischen Opposition, wie vor kurzem der polnische Intellektuelle Michnik, werden in Polizeikommissariate verschleppt und dort verprügelt, extreme Kerkerstrafen gegen Oppositionelle sind an der Tagesordnung.

Doch auch das kann den Widerstand nicht brechen, er vervielfacht sich. Als vor kurzem in Prag in einem Schandprozeß eine Reihe von Signataren der Charta 77 verurteilt wurden, fanden eine Reihe von Hungerstreiks in den Gefängnissen statt, um die Freilassung eines der Führer der Charta 77, Jiři Lederer, zu erreichen.

Der Widerstand in Osteuropa hat eine heroische Geschichte, die von den Volksmassen hochgehalten wird. So fand am 7. Jahrestag des Arbeiteraufstandes in den polnischen Hafenstädten eine Kundgebung in Gdansk statt, an der sich etwa 1.000 Personen beteiligten, Arbeiter, Studenten, Intellektuelle.

Die osteuropäischen Völker kennen nationale und faschistische Unterdrückung aus ihrer Geschichte, die zugleich eine Geschichte des Kampfs um Freiheit und Unabhängigkeit ist. „1938 Wehrmacht - 1968 Volksarmee“ lautete eine der vielen Mauerinschriften in Prag, die klar zeigt, daß die heutige Sowjetunion in die Fußstapfen Hitlers getreten ist. Die Völker können sich auf eine große Tradition im Kampf gegen die sowjetische sozialfaschistische Besetzung stützen. Die sogenannten „fliegenden Universitäten“ in Polen, die jüngst gegründet wurden (oppositionelle Professoren und Wissenschaftler, halten unzensurierte Vorlesungen in Privatwohnungen ab), stehen nicht nur in der Tradition des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazis, sondern auch in der Tradition des Kampfes gegen den russischen Zarismus im 19. Jahrhundert. Wie sehr die Sozialimperialisten diese traditionsreiche Art des Widerstandes fürchten, zeigt sich daran, daß sie mit Tränengasbomben solche Vorlesungen (an denen an die 100 Leute teilnehmen) sprengen.

Die sowjetische Kontrolle wird stärker und das faschistische Joch fühlbarer. Aber auch der Widerstand wird stärker.

„Die beiden Hegemonialmächte bereiten sich aktiv auf einen neuen Krieg zur Beherrschung der Welt vor.

tung ihrer eigenen Völker verstärken, was die Widersprüche in ihrer Wirtschaft und die inneren Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen und Nationalitäten verschärft. Von ihrer weltweiten Aggression und Expansion und der Beschleunigung ihrer globalstrategischen Planung bedingt, verletzen sie die Souveränität und die Interessen anderer Länder. Und dies verschärft ihre Widersprüche mit den betroffenen Ländern und Völkern. Deshalb ist es völlig natürlich, daß sich die inneren und äußeren Krisen der Sowjetunion und der USA, die sich auf einen Krieg vorbereiten, zuspitzen. All dies wird ihren Zeitplan für die Entfesselung eines Krieges umwerfen.“

(aus: Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus).

Aus verschiedenen Quellen wurde bekannt, daß die Mehrheit der in den sogenannten „Psychiatrischen Kliniken“ Internierten Arbeiter sind, die sich gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen zur Wehr gesetzt hatten. Erst kürzlich wurde das von Bukowsky, einem bekannten Oppositionellen, bestätigt.

Ein typischer Fall ist der Elektriker Wladimir Borisow: 9 seiner letzten 13 Jahre hat er in psychiatrischen Anstalten verbracht. Der Grund seiner Einweisung: Im Alter von 18 Jahren hatte er einen Arbeitsstreik in einem Hafen des sowjetischen Fernen Ostens organisiert. Wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ wurde er 1964 verhaftet, für geisteskrank erklärt, und in eine Irrenanstalt eingewiesen. Im Gutachten der offiziell ernannten Psychiater heißt es: „Angesichts seiner aktiven und wiederholten Versuche, antisowjetische Unterstellungen zu verbreiten (!), sowie angesichts des Mangels an Kritik gegenüber seinem Krankheitszustand (!) muß Borisow einer Zwangsbehandlung in einer Psychiatrischen Sonderanstalt unterzogen werden.“

Vor kurzem flüchtete ein polnischer Zensor nach Schweden und stellte Fotokopien von Zensurakten zur Verfügung. Aus dem 700 Seiten umfassenden Material zitiert die „Neue Zürcher Zeitung“ (1.2.78): Verboten ist die Verbreitung aller Tatsachen über Preise, Waren, Wechselkurse im Handel mit der Sowjetunion. Die schlechte Qualität der sowjetischen Erzeugnisse darf nicht erwähnt werden..., heißt es in den Richtlinien“ (des Hauptamtes für Zensurwesen). „Es dürfen keine Informationen über polnische Fleischlieferungen an die Sowjetunion erscheinen... Verboten sind Nachrichten über westliche Kredite und Lizenzen an Polen... über die Handelsverbindungen Warschaus mit Südafrika und Rhodesien.“ Es folgt eine lange Liste verbotener Bücher, meist zeitgeschichtlichen Inhalts. „Über parteiinterne Affären, Betrugs- und Veruntreuungsskandale, Korruptionsfälle in Staat, Wirtschaft und Verwaltung, muß geschwiegen werden.“



In diesem Artikel der Redaktion der „Renmin Ribao“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, wird die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt behandelt, die die internationale Strategie des Proletariats entwickelt.
Preis S 3,-

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion
Von W. Dickhut *Preis S 75,50*

Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske
Artikelsammlung aus chinesischen Zeitungen
Preis S 3,30

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.

Die Völker am Horn brauchen weltweite Unterstützung gegen die russischen Aggressoren

Die sowjetischen Sozialimperialisten setzen ihre Einmischung und Aggression am Horn von Afrika verstärkt fort. Eine Unmenge von Kriegsmaterial, ca. 600 Panzer und Panzerwagen, MIG 21 und MIG 23 Kampfflugzeuge, haben sie in ihrer bisher größten Luftbrücke nach Äthiopien gebracht. Am 18.2. meldete „Herald Tribune", daß die Anzahl der nach Äthiopien geschickten kubanischen Söldner auf 5000 angestiegen ist, neben den rund 5.000 Russen. Am 26.2. meldete dieselbe Zeitung, die kubanischen Truppen hätten bereits die Stärke von 10.000 erreicht. Die ausländischen Offiziere übernähmen zusehends überall das Kommando. Schon Mitte Februar flogen die MIG fast täglich Einsätze auf die Städte Somalias.

Die somalische Regierung hat nach dem Rauswurf der Russen aus dem Land darauf hingewiesen, daß die Sozialimperialisten ihre Aggression verstärken werden. Das Land sah und sieht sich einer ernsten Bedrohung gegenüber. Neben den Luftangriffen auf somalische Hafenstädte hat die sowjetische Flotte auch bereits eingegriffen. 30 sowjetische Kriegsschiffe kreuzen in den Gewässern des Horn.

Angesichts der Absichten der Sozialimperialisten, eine „Gegenoffensive" in Ogaden - als erster Schritt Richtung Meer - zu inszenieren, hat die somalische Regierung eine Generalmobilmachung und die Bereitschaft zur Teilnahme am Kampf gegen die russische Aggression in Ogaden beschlossen. Beide Maßnahmen sind völlig gerecht. In ihrer Erklärung weist die Regierung darauf hin, daß diese Maßnahmen notwendig sind, um dem sowjetischen Eindringen am Horn standhalten zu können.

Den Beschluß der Mobilmachung haben die Volksmassen Somalias unterstützt und richtig begriffen. Präsident Siad Barre: „Die erste Priorität für diese neuen Rekruten ist die Verteidigung unserer nationalen Grenzen. Wenn es notwendig wird, werden sie auch nach Ogaden entsandt". (Herald Tribune, 14.2.) Zehntausende Somalis demonstrierten zur Unterstützung der Entscheidung der Regierung unter den Rufen: „Nieder mit dem Sozialimperialismus". An einer Kundgebung in Mogadishou nahmen rund 100.000 Menschen teil. (IHT, 13.2.) Auf der Kundgebung erklärte Siad Barre: „Sogenannte sozialistische Länder mit der Sowjetunion an der Spitze haben ihre Einmischung am Horn von Afrika intensiviert... Somalia wird sich nie der Sowjetunion ausliefern...Das somalische Volk wird es nie akzeptieren, von irgendeinem Land beherrscht zu werden. Es wird Arroganz und Hegemonismus nicht akzeptieren".

Gleichzeitig damit hat die Regierung Somalias ihren Wunsch nach Verhandlungen mit Äthiopien bekräftigt. „Neben einem Waffenstillstand fordert Mogadishou den sofortigen Abzug aller „ausländischen Streitkräfte" und das Selbstbestimmungsrecht". (Presse, 17.2.)

Die russischen Sozialimperialisten verstärken ihre Hetzkampagne gegen Somalia: „Somalia ist der Aggressor" (Neue Zeit 5/78). Sie selbst leisten „selbstlose Hilfe". Ihr einziges Ziel sei die Wiederherstellung der Souveränität von Äthiopien. Wozu aber kreuzen wirklich ihre 30 Kriegsschiffe im Roten Meer und sichern den täglichen Militärtransport aufs Horn. Das strategische Ziel ist wahrlich nicht die Freiheit Ogadens, wie sie immer behaupten. Sie bombardieren Somalia, greifen Eritrea zu Wasser und zu Lande an. Ihr Stoß zielt auf die Besetzung der somalischen Küstenhäfen, auf die Rückeroberung der alten Stützpunkte, auf die Unterwerfung der eritreanischen Küste.

„Es geht nicht um Ogaden, sondern Berbera, die Republik Djibouti und die Straße von Bab el Mandeb" (Siad Barre). Die Sozialimperialisten haben den Konflikt geschürt zur Eroberung strategischer Positionen. Erst ihr Abzug aus dem Horn kann den Weg zur Beilegung ebnen. Der sudanesische Präsident Numeiri hat darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion die Situation auszunutzen versucht, „um einen Stützpunkt am Horn von Afrika zu errichten und so ihre Infiltration in den Kontinent zu erleichtern und Stück für Stück zu erobern". Die afrikanische „Zambia Daily Mail" schrieb am 10.2.: „Das ist ein Verbrechen der Russen am Horn von Afrika und die, die sehen, was es ist, haben die Pflicht, die sowjetische militärische Intervention zu verurteilen, genauso, wie die amerikanische militärische Intervention in Vietnam verurteilt wurde". (nach Hsinhua, 12.2.) Die Regierung Ägyptens, Sudans, der Arabischen Republik Yemen, Kuwaits, haben sich für eine Stabilisierung der Lage durch Beendigung der ausländischen Einmischung ausgesprochen. „Wir unterstützen entschlossen das somalische Volk. Ich appelliere an die afrikanischen und arabischen Länder gemeinsam mit uns zu kämpfen gegen diesen großen ausländischen Krebs", sagte Numeiri.

Der somalische Präsident wies auch darauf hin, daß alle Anrainerstaaten des Roten Meeres und des Indischen Ozeans von der russischen Aggression bedroht seien. Darüber hinaus seien die Interessen der westlichen Länder durch diese berührt. (Hsinhua, 4.2.) Das Rote Meer ist einer der wichtigsten Punkte im Ringen der Supermächte um die Kontrolle der Schiffahrtsrouten, und um die Kontrolle der Erdölzufuhr nach Westeuropa. In jeder Hinsicht ist die Frage, ob die russische Aggression am Horn glückt oder nicht, von großer Bedeutung für die Entwicklung der Kriegsgefahr und die Vorbereitungen des Sozialimperialismus auf ihn.

Am 22. Jänner haben die USA, England, Westdeutschland, Frankreich und Italien über die Lage am Horn beraten. In einer Erklärung heißt es: „Es ist die Überzeugung der Repräsentanten, daß Verhandlungen das einzige Mittel sind, durch das die Kämpfe zu einem Ende gebracht und eine dauerhafte Lösung erreicht werden kann". (IHT, 23.1.) - Dazu erklärten die Sozialimperialisten, die sich offensichtlich schon als die Beherrscher des Horns fühlen: „Damit aber, daß sie kein einziges Wort über die Führung Somalias gesagt und nicht von ihr verlangt haben, daß sie ihre Truppen aus Äthiopien zurücknehmen soll, leisten sie der Aggression Vorschub". (Neue Zeit, 5/78) Das ist der Größenwahnsinn einer Supermacht. Von jedem verlangen sie eine offene Billigung ihrer Aggression. „Wer Öl ins Feuer gießt", durch Nichtunterstützung der sowjetischen Kriegstreiberei - „den trifft die volle Verantwortung für die Folgen dieses Vorgehens, das in Afrika und in der übrigen Welt die Spannungen wieder erhöhen kann". (Neue Zeit).

Die USA haben einige Schiffe mehr in das Rote Meer entsandt, gleichzeitig versuchen sie aber auch, Vereinbarungen mit ihrem Hauptrivalen zu erzielen.

Die USA „baut eine 100 Mio. Dollar-Basis auf Diego Garcia..- Die Sowjets haben jüngst ihren bedeutenden Küstenstützpunkt in Somalia verloren ... So glauben manche Offizielle, daß keine Vereinbarung möglich ist, bevor die sowjetische Flotte wieder einen sicheren Stützpunkt im Indischen Ozean erreicht". (Washington Post, 23.12.) Leute wie Brzenzinski und Harold Brown deuten ein Eingreifen an. Vorläufig aber scheint das zu gelten, wie es der „Herald Tribune", Auslandsorgan der US-Imperialisten beschreibt: „Die USA können nur auf die Sowjetunion zählen, um Äthiopien zurückzuhalten, wenn es versucht, Somalia zu attackieren". (13.2.) Die Reise eines Carter-Gesandten nach Äthiopien spricht dafür. Inhalt dieser Politik ist die Verteidigung der eigenen Positionen, wobei die USA eben nicht in der Lage sind, heute als Hauptkriegstreiber am Horn aufzutreten.

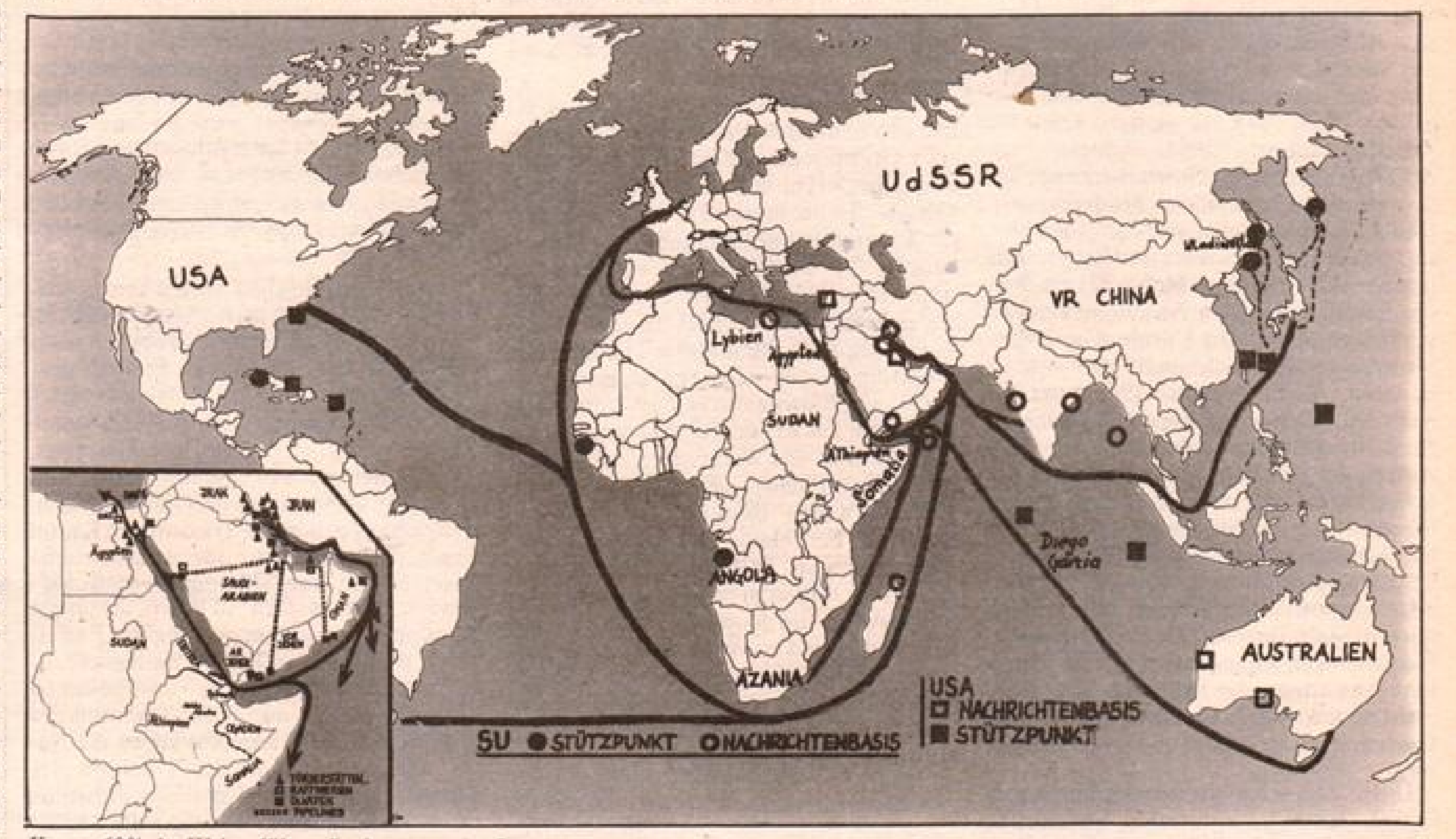
Die westeuropäischen Imperialisten betreiben „Nichteinmischung". Der 12-Millionen-Dollar-Kredit Westdeutschlands an Somalia hat letzterem den Ankauf von Waffen ermöglicht. Darüberhinaus hat der britische Außenminister Owen 'Besorgnis' über die Lage am Horn ausgedrückt. Alle sprechen sie aber vom "Konflikt um Ogaden". Der französische Außenminister forderte den „Rückzug der Somalis".

Das Ergebnis davon ist, dem sozialimperialistischen Kriegstreiber zuzuarbeiten. Es ist, im Resultat, das gerade Gegenteil davon, eine friedliche Beilegung herbeizuführen. Dazu werden die Theorien der SU über den Charakter des Konflikts übernommen.

Viele Staaten der Dritten Welt lassen sich durch die imperialistischen Manöver nicht beirren und erheben ihre Stimme gegen die Aggression am Horn. Das große sozialistische China unterstützt den Kampf gegen den Aggressor. Auch in Europa hat Somalia Freunde. Zum Beispiel hat Jugoslawien kürzlich einen Wirtschaftsvertrag mit Somalia unterzeichnet und drückt ständig seine Besorgnis über die Entwicklung am Horn aus.

Unterstützt durch mehrere afrikanische und arabische Länder hat Somalia den Kampf gegen den Sozialimperialismus, für die Beendigung dessen Kriegstreiberei aufgenommen.

Diese Maßnahmen entsprechen vollkommen den Interessen der Völker und Länder am Horn von Afrika. Sie sind ein wichtiger Beitrag dazu, dem Aufstellen von Kriegspositionen durch die Supermächte, vor allem aber dem Sozialimperialismus, entgegenzuwirken. Dieser antihegemonistische Kampf muß mit allen Mitteln unterstützt werden.



Knapp 60% der Welterdölvorräte lagern in den Ländern am Arabisch-Persischen Golf. Im Vorjahr wurden hier 36,5% der Weltförderung gefördert. Ebenso hoch liegt der Anteil des Raums am gesamten Rohöltransport. Trotz Fortschritten der erdölproduzierenden Länder sind sie nach wie vor großteils gezwungen, ihr Öl an die imperialistischen Konzerne zu verkaufen. Diese sind selbst große Seetransportkapitalisten, die meisten in US-imperialistischen Besitz. Vor allem gegen die aufstrebende sowjetische Handelsflotte versuchen die USA, ihr Monopol aufzurichten. Die Sowjetunion besitzt die sechstgrößte Flotte der Welt und arbeitet fieberhaft an der Beherrschung der Tankerrouten. „Bedeutend vergrößert wird die Tankerflotte, ... die sowohl Erdöl als auch Erze, Kohle befördern können." Um 30% sollen die gegenwärtigen 20 Millionen Bruttoregistertonnen bis 1980 erhöht werden, gegenüber 14,6 Millionen Bruttoregistertonnen unter US-Flagge. Die Beherrschung der Meerrouten streben die Supermächte an zur Erlangung des Erdölmonopols. Dieses Monopol ist ein gewaltiges Monopol gegen Europa und Japan, die ihr Öl zu 55% bzw. 80% aus dem nahöstlichen Raum importieren. Immer schon war für die Imperialisten bei der Ausplünderung der Dritten Welt „im Notfall die Kriegsflotte der Gerichtsvollzieher." (Lenin) Ein Schwerpunkt des militärischen Aufmarsches der Sowjetunion auf See ist seit zehn Jahren der Indische Ozean. Die US-Supermacht hat hier die Stützpunkte der Engländer übernommen, baut gegenwärtig die 100-Millionen-Dollar-Basis Diego Garcia aus. Der Verlust von Berbera war ein schwerer Rückschlag für die Sowjetunion. 30 Schiffseinheiten kreuzen sie in den Gewässern des Horns kreuzen, mehr als die USA. – Die Karte zeigt, wie die Supermächte versuchen, sich Stützpunkte entlang der Seerouten zu schaffen. (Stützpunkte in Europa sind auf der Karte nicht berücksichtigt.) Für ihre Kriegsvorbereitungen braucht die UdSSR von hier Zugang zum Mittelmeer, gleichzeitig Verbindung zu Wladiwostok. Die Beherrschung des Nahen Ostens zielt ab auf die Herrschaft über Europa, und so auf die Weltherrschaft.

III. Kongreß der Marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Frankreichs

Ende Jänner fand der 3. Kongreß der Marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Frankreichs (PCMLF) statt. Entstanden im Kampf gegen die revisionistische Entartung der KP Frankreichs, führt diese Organisation seit über 10 Jahren den Kampf gegen den Revisionismus und für den Wiederaufbau der Avantgardepartei des Proletariats. Im Presse-Kommuniqué des Kongresses heißt es: *„Der 3. Kongreß war ein glänzender Ausdruck der ideologischen Einheit der PCMLF. Er war ebenso ein Erfolg ihrer politischen Einheit, weil er die proletarische Linie gegen die kapitalistische Bourgeoisie Frankreichs und gegen das Vorherrschaftsstreben der beiden Supermächte festlegte, insbesondere gegen die Hauptgefahr, die der sowjetische Sozialimperialismus darstellt."*

„Die ideologische, politische und organisatorische Linie, die der 3. Parteitag festlegte, hat grundlegend die Linie abgelehnt, die aus dem 2. Parteitag hervorgegangen war. Diese wurde einstimmig als 'bürgerlich' bezeichnet. Eine öffentliche Erklärung, die die Selbstkritik der Partei zu dieser Linie beinhaltet, die seit 2 Jahren korrigiert wird, wurde einstimmig angenommen."

37,2 Prozent der Delegierten waren Arbeiter, 23,2% Angestellte, 5,6% Bauern, 24,6% Lehrer, 83% der Delegierten sind aktive Gewerkschaftsmitglieder.

Verschiedene Resolutionen wurden beschlossen, darunter „Zur Arbeit der Partei in der Arbeiterklasse", „Über den modernen Revisionismus", „Über den Kampf gegen die beiden Supermächte und die Kriegsgefahr."

In der „Selbstkritik der PCMLF, betreffend ihren 2. Kongreß", heißt es: *„Die PCMLF übt Selbstkritik an den falschen Positionen ihres 2. Kongresses vom Jahr 1975. Als Partei der Arbeiterklasse ist es ihre Pflicht, den Arbeitern Rechenschaft über ihre politische Linie abzulegen, welch schwere Fehler und Irrtümer sie auch begangen haben mag."*

„In einer politischen Situation, die gekennzeichnet ist durch das Ringen der beiden Supermächte, als Folge dieses Ringens durch die Kriegsgefahr, die auf unserem Land lastet, und durch die Bedrohung durch den Sozialimperialismus, der die aggressivere Supermacht ist, hat die PCMLF in ihrem Streben, die Arbeitermassen vom Einfluß des modernen Revisionismus zu befreien, schwere Fehler gemacht:

– Sie hat 1975 ohne jegliche Grundlage erklärt, daß der Krieg, den die beiden Supermächte tatsächlich vorbereiten, unmittelbar bevorstehe.

– Sie betrachtete damals die PCF nur als direkten Agenten der Sowjetunion.

– Noch schwerer wiegt, daß sie in ihrem Programm dafür eintrat, ihren Kampf im wesentlichen auf die Supermächte zu beschränken. Damit betrachtete sie nicht mehr den Feind, dem die Arbeiterklasse und das ganze Volk täglich gegenüberstehen als wichtigste Zielscheibe ihres Kampfes: die ausbeuterische Bourgeoisie.

Unter abstrakten patriotischen Scheinbegründungen ist sie so weit gegangen, mehr oder weniger offen für ein Bündnis mit der Bourgeoisie zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit einzutreten; dies kam einem Aufruf an die Arbeiterklasse gleich, sich von ihrem Hauptfeind ins Schlepptau nehmen zu lassen."

„Diese Fehler und Irrtümer wirkten sich auf die politische Linie der PCMLF äußerst schädlich aus. Sie beherrschten die Politik nur einige Monate und wurden rasch korrigiert. Wären sie über einen längeren Zeitraum fortgesetzt worden, so hätten sie über kurz oder lang zum völligen Untergang der Partei oder zu ihrer Entartung in eine Partei der Bourgeoisie geführt.

Es genügt nicht, Fehler festzustellen. Um einen neuerlichen Rückfall in diese Irrtümer zu verhindern, muß man nach ihren Ursachen, nach ihren Wurzeln suchen. Zunächst müssen wir sagen, daß die PCMLF nicht von der konkreten Wirklichkeit in unserem Land ausgegangen ist. Suchte sie bei ihren Analysen die Wahrheit in den Tatsachen? Nein! Sie konstruierte Hypothesen aus den Vorstellungen ihrer Mitglieder. Sie hatte die Methode der wissenschaftlichen Analyse des Proletariats, den dialektischen Materialismus, preisgegeben und an seine Stelle die Metaphysik, eine Denkmethode der Bourgeoisie, gesetzt. In dieser Zeit herrschte in ihren Reihen nicht der Standpunkt des Proletariats, sondern der der Kleinbourgeoisie."

„Durch ihre Losung 'Klasse gegen Klasse' stellt die PCMLF klar, daß ihre Politik auf die Entwicklung und Stärkung der politischen, organisatorischen und militärischen Selbständigkeit des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie ausgerichtet ist.

Ausgehend vom Standpunkt der Arbeiterklasse, ruft die PCMLF alle Arbeiter auf:

1.) gegen den Hauptfeind, die Monopolbourgeoisie, zu kämpfen.

2.) dem Revisionismus und dem Reformismus eine Abfuhr zu erteilen.

3.) gegen die beiden Supermächte, die den Krieg vorbereiten – besonders die aggressivere von beiden, den Sozialimperialismus – zu kämpfen."

Der Kommunistische Bund Österreichs sandte der PCMLF zum erfolgreichen Abschluß ihres 3. Kongresses eine Grußadresse.

1938/39
Widerstand gegen die Naziherrschaft in Österreich

Lagebericht der Gestapo, Wien, 3. Juli 1939:

„Die schon im Vormonat gemeldete verstärkte Aktivität der Gegnergruppen war auch im Juni wieder festzustellen. Die Führung des illegalen Kampfes ist inzwischen eindeutig von den marxistischen Gruppen übernommen worden, die den Ton und die Stärke der Propaganda bestimmen.

Angeregt durch diese Entwicklung von außen her, wurde auch in der Ostmark die Propaganda vervielfacht. Während früher Streuzettel- und Schmieraktionen eine Seltenheit waren, sind sie heute in Wien und in den Industriestädten an der Tagesordnung.

Als Hauptträger dieser Aktionen treten in erster Linie marxistische Gruppen auf, die sich bereits wieder so sicher fühlen, daß sie sich kaum mehr die Mühe nehmen, das Auftreten zu tarnen. So treffen sich zum Beispiel am Wochenende in der Lobau Jugendgruppen, die sich durch Tragen roter Halstücher, Köpftücher, Binder und Badehosen und so weiter kennzeichnen. Beim Eintreten der Dunkelheit werden marxistische Kampflieder gesungen und in den Donauauen Schießübungen veranstaltet.

Ähnlich ist die Situation in den Betrieben. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Zwischenfälle provoziert werden. Bei dieser Gelegenheit muß auf eine Gefahr hingewiesen werden, die immer brennender wird. Von allen Stellen wird darüber geklagt, daß die Arbeit der Polizei und der Staatspolizei sich diesen Fällen gegenüber als vollkommen unzulänglich erweist.

Die Hauptargumente für die Mundpropaganda boten in der Hauptsache auftauchende Mängel in der Verwaltung, bei der Lebensmittelversorgung oder bei manchmal nicht zu vermeidenden Härten bei der Einführung von Reichsgesetzen und Bestimmungen.

Mit diesen Argumenten wird ein Heer von Meckerern herangezogen, die dann ideologisch bearbeitet und, erst wenn ihre Zuverlässigkeit erwiesen ist, in illegale Zellen eingereiht werden."

Dieser Bericht zeigt, daß selbst der grausamste Terror, der 1938 nach dem Einmarsch im ganzen Land wütete, den Widerstand des österreichischen Volkes nicht brechen konnte. Er lebte und entwickelte sich – selbst wenn es Rückschläge, oft sehr schmerzliche gab: Allein in Wien, in der Steiermark und in Kärnten wurden bis zum Spätherbst 1938 mehrere Hundert Funktionäre und Aktivisten der Kommunistischen Partei verhaftet, darunter auch die erste zentrale Organisationsleitung. Dennoch mußte die Gestapo ein knappes Jahr später berichten:

„Im Pernerstorferhof im X. Bezirk wurden die Blockleiter der NSV usw., die bei Sammlungen dort erschienen, regelmäßig mit Schimpfworten empfangen. Die Insassen dieses Hauses tragen die kommunistische Gesinnung offen zur Schau..."

„...Ein bezeichnender Vorfall spielte sich in einem Betrieb bei der Auszahlung der Löhne ab. Bei dieser Auszahlung wurde zum ersten Mal die Lohnsteuer abgezogen. Während der Auszahlung wurde nun von den Lohnempfängern im Sprechchor gerufen: 'Wir danken unserm Führer'. . ."

Oft wird vernebelt, daß die aktiven Widerstandskämpfer gegen die Naziherrschaft keine Einzelkämpfer auf verlorenem Posten waren, sondern aus dem Volk kamen und den Kampf des Volkes am entschiedensten und in der am weitesten entwickelten Form führten. Die einzelnen Aktionen des Widerstands sind engstens verbunden mit dem Kampf der Massen um ihre nackte Existenz. *„Die Leistungen des gemeinen Mannes werden immer gigantischer"*, läßt Bertolt Brecht eine seiner Gestalten darüber sagen: *„Jeden Tag wird eine neue Tugend erfunden. Damit man zu einem Sack Mehl kommt, braucht man eine Energie, mit der man früher den Boden einer ganzen Provinz hätte urbar machen können. Damit man herausbringt, ob man schon heut fliehen muß oder erst morgen fliehen darf, ist eine Intelligenz nötig, mit der man noch vor ein paar Jahrzehnten hätt ein unsterbliches Werk schaffen können. Eine homerische Tapferkeit wird gefordert, damit man auf die Straße gehen kann, die Selbstentsagung von einem Buddha, damit man überhaupt geduldet wird."*



Ab 1943 organisierte sich der bewaffnete Widerstand der österreichischen Arbeiter und Bauern. Im Bild das österreichische Freiheitsbataillon.

Die Phantasie des Volkes ist reich. Ein einfaches und schlagendes Beispiel: Das Pokalspiel Rapid Wien gegen SV Fürth entwickelte sich zu einer Demonstration gegen die deutschen Okkupanten: In den Worten der SS:

„Es war schon eine Explosivstimmung vorhanden, bevor das Spiel überhaupt losging. Die Zuschauer waren besessen von dem Gedanken, daß Rapid siegen muß. Der Krach ging schon los, als der Schiedsrichter das Feld betrat und bekannt wurde, daß er Berliner sei. Er wurde mit Pfeifen und Gejohle empfangen. (...) Das Publikum setzte ihm... mit Geschrei, Drohungen und Gejohle so zu, daß er sichtbar die Nerven verlor und durch seine Unsicherheit die Lage verschlechterte. Es waren genug gegnerische Elemente unter dem Publikum, denen es gelang, mit der Parole 'gegen die Altreichsdeutschen' auch selbst Gutwillige und Parteigenossen mitzureißen. Die Demonstration ging zweifellos über das beim Fußball übliche Maß hinaus. Mehrfach versuchten die Zuschauer in den Spielraum einzudringen und konnten nur mit Mühe von der Wache zurückgehalten werden. Hiebei gab es mehrfach Schlägereien, bei denen mit unflätigsten Schimpfworten ein blinder Haß zum Vorschein kam."

Eishockey-Interessierte werden sich wahrscheinlich erinnern an die Spiele zwischen CSSR und UdSSR in den Jahren 1968 und 1969. Jedes Tor für die Mannschaft der Tschechoslowakei wurde vom ganzen tschechoslowakischen Volk als Faustschlag ins Gesicht der russischen Okkupanten gefeiert und der Sieg erst recht bis tief in die Nacht hinein im ganzen Land. Man kann sich gut in die Zuschauer des Rapid-Spiels im Oktober 1940 hineinversetzen. Auch so führt das Volk seinen Kampf und stärkt es seine Moral.

Der Abstimmungsbetrug der Nazis – ein Beispiel

Aus der Chronik des Gendarmerieposten Niklasdorf bei Leoben/Steiermark:

„1938 (...) Politisches: (...) Obwohl in Niklasdorf etwa 600 Arbeiter marxistischer Gesinnung sind, hat sich beim Umbruch nichts besonderes ereignet.

Abstimmung: Bei der am 10.4. stattgehabten Abstimmung für das Großdeutsche Reich gab es in Niklasdorf 1.567 Stimmberechtigte. Von diesen haben 1.566 abgestimmt. Hievon stimmten 1.561 mit ja, 4 mit nein, während eine Stimme ungültig war.

1939: (...) Politische Verhältnisse: Obwohl in Niklasdorf 99% für das Großdeutsche Reich stimmten, ließ dann die Begeisterung für den Nationalsozialismus nach. Im Laufe des Jahres mußte gegen 15 Personen wegen staatsfeindlicher Äußerungen eingeschritten werden. Niklasdorf war immer marxistisch verseucht und sympathisierte ein Großteil für die demokratischen Staaten."

11. März 1938 - "Anschluß" Österreichs

Mit dieser Nummer des „Klassenkampf" wird die in den letzten beiden Ausgaben begonnene Zusammenstellung von Fakten und Dokumenten über die Besetzung Österreichs durch die Truppen Hitlerdeutschlands abgeschlossen.

Anfang März:
Der Druck der Arbeiter- und Volksmassen auf die Regierung, endlich Schritte zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes zu setzen, wird immer stärker.
„Das Schicksal Österreichs hängt heute in erster Linie ab von der Aktivität der breiten Volksmassen und vom Zusammenschluß aller Kräfte, die bereit und entschlossen sind, allen Angriffen und Provokationen der Feinde der Unabhängigkeit



In Wien demonstrieren die Arbeiter gegen die geplante Besetzung Österreichs

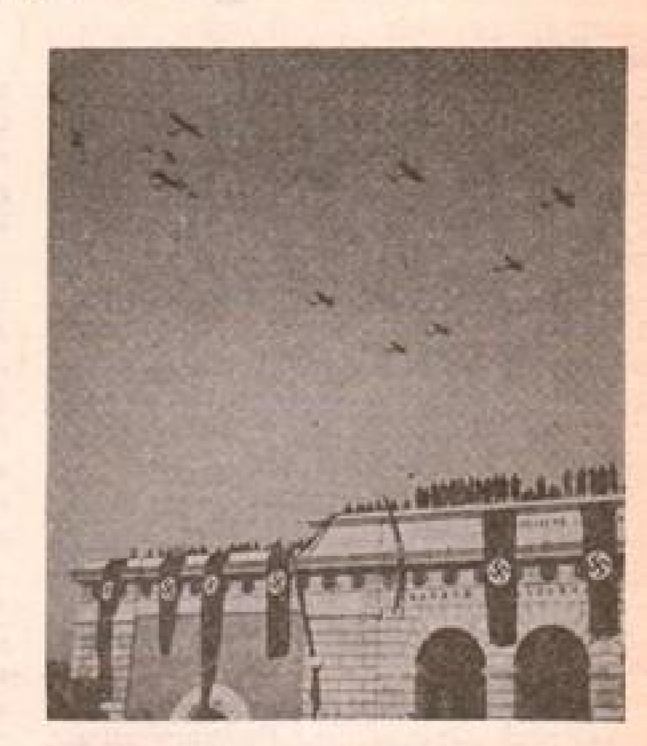
entgegenzutreten. Die Partei hält es daher für notwendig, daß die Arbeiterschaft mit allen Organisationen, mit allen jenen Kräften und Gruppen der Vaterländischen Front, die einen ernsten Kampf gegen die Hitlerisierung, gegen jedes Zurückweichen vor den Nazis und dem Dritten Reich zu führen bereit sind, zusammenwirkt. (...) Die Kommunistische Partei bekennt sich zum Gedanken einer gemeinsamen Front aller Österreicher, die die Unabhängigkeit des Landes verteidigen wollen." (Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs).
In *England* erklärt Premierminister *Chamberlain* im Unterhaus, das Berchtesgadener Abkommen zwischen Schuschnigg und Hitler *„bringe keine Gefährdung der österreichischen Unabhängigkeit mit sich. Die tatsächlichen Auswirkungen seien jedoch nicht abzusehen. Man müsse daher abwarten."*
3. März 1938:
Schuschnigg empfängt eine Delegation der Vertrauensleute der 14 größten Wiener Betriebe. Die Delegierten fordern politische Rechte für die Arbeiterklasse, um den Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs führen zu können. Sie kritisieren die schwankende Haltung Schuschniggs und fordern unter Hinweis auf die Stimmung in den Betrieben energische Maßnahmen.
4. März 1938:
Der österreichische Brigadier *Jansa*, der für die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes eintritt, wird entlassen.
5. März 1938:
Schuschnigg trifft mit Bundespräsident Miklas zusammen und schlägt vor, eine Volksabstimmung am 13. März anzusetzen. Der Beschluß wird jedoch nicht sofort bekanntgegeben.
7. März 1938:
In Floridsdorf in Wien findet erstmals wieder seit 1934 eine halblegale Vertrauensmännersitzung statt, auf die die Anrede „Genosse" und der Gruß „Freiheit" gebraucht werden. Es wird beschlossen, den Kampf um die Unabhängigkeit zu unterstützen und gewisse minimale Freiheitsrechte für die Arbeiter zu fordern. Ähnliche Versammlungen finden in den nächsten Tagen in ganz Österreich statt.
8. März 1938:
Die Nazis erfahren von den Plänen einer Volksabstimmung, die nach wie vor geheimgehalten werden. Sie beschließen am nächsten Tag, Hitler zu informieren und Seyß-Inquart bei Schuschnigg protestieren zu lassen.
9. März 1938:
Schuschnigg sieht sich endlich veranlaßt, sich an das Volk zu wenden: *„Jahrelang hat man immer wieder gefordert, daß eine Volksabstimmung abgehalten werde. Jetzt ist die Möglichkeit dazu gekommen. Jetzt heraus mit dem Bekenntnis..."* Er ruft zur Volksabstimmung für die Unabhängigkeit Österreichs auf.
10. März 1938:
„Die Kommunistische Partei fordert alle Arbeiter und Werktätigen auf, bei der vom Bundeskanzler Dr. Schuschnigg veranstalteten Volksbefragung mit Ja zu stimmen. Arbeiter, Werktätige! Euer Ja gilt einem freien, unabhängigen und sozialen Österreich,... das... ein Bollwerk des Friedens, des Fortschritts und der Freiheit gegenüber den faschistischen Kriegsbrandstiftern werden soll." (Appell der KPÖ)
„Bis Freitag abends stand Wien im Zeichen des Kampfes um die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs, im Zeichen der bevorstehenden Volksabstimmung. Gegen den elementar anwachsenden Kampfgeist der Bevölkerung und besonders der Arbeiterschaft erwiesen sich die Werbe- und Einschüchterungsversuche der Nazis augenscheinlich unterlegen. Sie bildeten aus halbwüchsigen Mittelschülern, Studenten und Lumpenproletariern

Juli 1939
Preis: 10 Pf.

Der Jungkommunist

Monatsblatt der fortschrittlichen Arbeiter- und Bauernjugend
Herausgegeben vom KJV Wr.Neustadt

Gruppen, welche besonders in der inneren Stadt auf und ab promenierten. Am Donnerstag standen die Arbeiterbezirke im Zeichen spontaner Massendemonstrationen. So formierte sich am Laaerberg ein Zug, der ständig anschwoll und in der Nähe des Arbeiterheimes bereits an 10.000 Teilnehmer zählte. (...) Ähnliche Demonstrationen fanden auch in Simmering, Ottakring und Floridsdorf statt. Am Freitag abends fanden in allen Großbetrieben nach Arbeitsschluß Belegschaftsversammlungen statt, welche die Arbeiterforderungen neuerlich erhoben und in welchen besonders der Ruf nach Bewaffnung der Betriebsbelegschaften, nach der Bildung von Betriebsmilizen erhoben wurde." (Rote Fahne, Prag, 15. März 1938)
11. März 1938:
Bundeskanzler *Schuschnigg* spricht im Radio: *„Die deutsche Reichsregierung hat dem Herrn Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, nach welchem der Bundespräsident einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler zu ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der deutschen Reichsregierung zu bestellen hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen für diese Stunde in Aussicht genommen wurde. (...) Der Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen."*
Seyß-Inquart, der nach dem Berchtesgadener Abkommen in die Regierung aufgenommene Nazi-Innenminister:
„Ich erinnere insbesondere auch daran, daß irgendein Widerstand gegen das allfällig einrückende deutsche Heer unter keinen Umständen in Frage kommt, auch nicht seitens der Exekutive..."
12. März 1938:
Amtliche Meldung im Deutschen Reich:
„Um 8 Uhr morgens haben deutsche motorisierte Truppen die deutsch-österreichische Grenze zu einem freundschaftlichen Besuche überschritten."
13. März 1938:
Deutsches Reichsgesetz: *„Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches."*
Die Pariser Zeitung *Le Journal* berichtet: *„Wien gleicht einer eroberten Stadt. Überall Maschinengewehre, deutsche Truppen, Schupoketten..."*
Ein Sonderberichterstatter der Prager *Roten Fahne* meldet: *„Arbeiterwiderstand. Samstag nachmittags wurden plötzlich starke Einheiten mit Panzerautomobilen nach Hallein gezogen. Die Arbeiter aus den staatlichen Salinen und anderen Betrieben hatten die Arbeit eingestellt und demonstrierten gegen den Nationalsozialismus. Die Gendarmerie und die örtlichen SA- und SS-Abteilungen waren zu schwach. Es ist nicht bekannt, was nach dem Eintreffen des Militärs in Hallein geschah. Aus Wien wurden SS-Abteilungen und aus Graz Militär in das obersteirische Industriegebiet geworfen."*



Die Nazis machen den Einmarsch zu einer großen Demonstration ihrer militärischen Macht.

„SA marschiert": halbwüchsige Mittelschüler, Studenten und Lumpenproletarier – weitgehend isoliert von den Arbeiter- und Volksmassen.



